

GRAPHISCHE PRESSE

№ 33/44. Jg.

14. 8. 1931.



STRIEPE

ERFURT

16. BIS 19. AUGUST 1931

Dem Verbandstage!

Zeit der Not und Not der Zeiten
heulen laut in Weltenweiten,
fressen Brot und Liebe auf.
Über Länder und Ozeane,
Wie im frechen Siegeswahn
raft die Not im wilden Lauf. —
Wo Millionen Schaffenshände
früh und bis zum Tagesende
Werk und Arbeit eingebracht,
dehnt der Hunger sich ins Breite,
rosten Hämmer, dorren Scheite,
tobt die Sorge Tag und Nacht —
Wo ein frohes Arbeitsstreben
jedem Lohn und jedem Leben,
allen Freude spenden soll,
schlummern Hände und Maschinen
statt der Schaffenslust zu dienen, —
eine „Ordnung“ blöd und toll.

Die den Reichen Häuser bauen,
Tunnel durch die Berge hauen,
haben kaum das trockene Brot.
Die die Ströme überbrücken,
Erz dem Erdschoß entrücken,
lungern ihre Tage tot.
Die da spannen, wickeln, webten,
der Maschinen Gang belebten,
schleichen tief gebeugt dahin, —
folgen dumpf dem Stundenklage
hundertfältiger Hungertage,
ohne Hoffnung, ohne Sinn.

Ritze. — Furchtbar ist ihr Toben,
stürzt nach unten was sonst oben,
tritt den besten Samen aus.
Lähmt die Muskeln und die Hirne
saugt das Blut aus Herz und Hirne,
wütet noch im leeren Haus. —
Und die heut noch schaffen dürfen,
dienoch schanzten und noch schürfen,
können sie es morgen noch?
Mäht die Ritze sie auch nieder
Wie die andern Arbeitsbrüder,
preßt auch sie ins Hungersloch?
Wo sonst frohe Hoffnung blühte,
wo die Zuversicht erglühete,
sind die Beete öd und leer, —
wuchern wilde Haspeldämonen,
nicht einmal um Brot zu frohnen
hat die „Ordnung“ Ordnung mehr.

Die den Jammer „Ordnung“ heißen,
sie in allen Tönen preisen,
stützen sich auf Geld und Macht.
Geld und Macht, brutale Kräfte,
saugen aus der Arbeit Säfte,
draus zumischen Schlemm und Pracht.
Alle Menschen zu ernähren,
Not und Elend abzuwehren
Glück an Arbeit anzureihn,
Lust zum Schaffen und zum Leben,
frohen Sinn und Liebe geben,
sollt das Ziel der Ordnung sein. —
Diese Ordnung, fast am Ende,
wächt sich noch die blutigen Hände
an dem Trog der Zwietracht rein.
Volk der Arbeit! Leeres Wagen
und die „Ordnung“ wär zerschlagen,
würdest du du selber sein. —

Würde dich ein Band umschlingen,
zu dem letzten großen Ringen
wächst du einig, stark und groß.
Könntest du dich selber finden
und die Ordnung überwinden,
zögst du keines Glückes Los.
Arme, dumme Arbeitsbrüder,
eure Feinde jubeln wieder
und ihr findet kein Verlehn.
In der großen Schicksalsstunde
heßt ihr selber euch zugrunde,
wollt in Zwietracht untergehn.
Ja, aus euren eigenen Reihen
kommen sie euch zu entzweien,
schlagen eure Macht in Bann.
Wider der Demunst Gelebe
bringen sie nur wüste Hebe
und gemeinen Hader an.
Diese Hezer laßt ihr walten. —
Von der Geldmacht ausgehalten
schänden sie die Einigkeit,
reißen Brüdertreue nieder,
ihr bleibt die Geirren wieder,
für den Reichtum diensbereit.

Zeit der Not und Not der Zeiten!
Liebt euch Brüder fest zu schreiten!
nur in einer Kampfesreih,
denn Millionen Kämpferschritte
und ein Ziel nur in der Mitte,
macht die Arbeit endlich frei.
Einigkeit muß Not verkürzen
und die alte Ordnung stürzen,
brechen Not und Sorgenlast.
Arbeitsvolk! Nur dein Vertrauen
kann die neue Ordnung bauen!
Darum Brüder: Tritt gefaßt!

Die ihr zum Verbandstag eilet,
brüderlich die Sorgen teilet
die die Not der Zeit gebracht, —
laßt in diesen trüben Tagen
eure Herzen heißer schlagen,
für die Eintracht haltet Wacht.
Sie ist's, die uns fester bindet,
eine Zukunft uns verhängt
ohne Not und Hungerspein.
Sie führt uns in einem Chore
festverbunden durch die Tore
einer wahren Ordnung ein. —
Euch braucht man nicht mehr zu lehren
alle Zwietracht abzuwehren,
für Gemeinschaft zu erglühn.
Dem Verband gilt euer Denken,
ihm die beste Tat zu schenken,
ist längst euer treu Bemüh'n.
Laßt es wiederum nun walten,
um das Ganze hochzuhalten
härten Fragen großer Art.
Fragen können es nicht bleiben —
Blüten müssen Früchte treiben,
sind sie oft auch herb und hart.
Wer sich trennen muß vom Alten,
Neues aus der Zeit gestalten,
tu's mit Festigkeit und Mut.
Das mag raten euch und leiten,
denn in dieser Not der Zeiten
liegt das Werk in eurer Haut.

Gebt Raum!

Was wird wohl das Ergebnis des Ringens und der Schwierigkeiten unserer Zeit sein? Diese Frage liegt sicherlich auf den Lippen aller derer, die mit offenen Augen und gespannten Sinnen die Zeitergebnisse verfolgen und gestaltend mitzuhelfen bemüht sind, dem Dasein Inhalt und Zweck zu geben und das menschliche Leben sinnvoll zu gestalten. Jetzt ist weder Sinn noch Zweck in den Zeitergebnissen zu finden. Der Kampf aller gegen alle droht neu aufzuerstehen, vermag die Arbeiterklasse nicht bald die inneren Kämpfe zu überwinden. Denn die Weltwirtschaftskrise, nicht zuletzt geboren aus der Strukturwandlung der Wirtschaft im Verein mit dem mangelnden Vertrauen des Menschen zum Menschen, muß notwendigerweise Folgen auslösen, die nach den gegebenen Machtverhältnissen nur die Arbeiterklasse treffen können, wenn eine geschlossene Abwehr nicht gegeben ist.

In Deutschland wütet die Wirtschaftskrise in ihrer bisherigen Schärfe weiter und es sind kaum Anzeichen vorhanden, die eine Besserung erwarten lassen. Infolgedessen trumpft das Unternehmertum weiterhin auf und schreit nach erneutem Lohnabbau und Verschlechterung der Sozialgesetzgebung. Die gegebenen Kreditbeschwerden, die doch nichts anderes sind als ein Mißtrauen des Kapitalismus in sein deutsches System, und dadurch zugleich politische Wirrnisse auslösen, sind den Unternehmern in totaler Verkennung der Sachlage zugleich Mittel, politischen Einfluß zur Knebelung der deutschen Arbeiter zu gewinnen. Und kopflose, sich revolutionär nennende Ignoranten helfen in putschistischer Verblendung mit, den deutschen Reaktionären Oberwasser zu verschaffen.

In solchen Zeitzeichen treten die Beauftragten der deutschen Kollegenschaft am 17. August in Erfurt zum 15. Verbandstag zusammen, um Bericht zu hören über Erlebtes und Erstrebttes der Organisation und um erneut darüber zu beraten was zu tun ist, um zukünftig in alter Kraft und Geschlossenheit durch den Verband die Interessen der Kollegen zu vertreten. Die Delegierten des Verbandstages stehen vor außerordentlich schwierigen Problemen und die nur zu findenden Lösungen machen sicher nicht populär. Aber will auch der Verbandstag in Erfurt seiner Aufgabe gerecht werden und nicht hinter den bisher gehaltenen Verbandstagen in Ziel- und Wegweisung zurückbleiben, dann muß er in rechter Erkenntnis der wirtschaftspolitischen Entwicklungstendenzen die sicher schweren Entschlüsse fassen, die dem Verband auf weite Sicht erfolgreiches Wirken ermöglichen.

In Erfurt geht es um mehr als viel; es geht, ohne in Phrase zu machen, um Sein oder Nichtsein des Verbandes als gewerkschaftliche Kampforganisation. Das mag dem Großteil der Kollegen noch gar nicht recht zum Bewußtsein gekommen sein, aber es ist so. Deshalb werden die Entscheidungen des Erfurter Verbandstages dem späteren Schreiber der Verbandsgeschichte auch von besonderer Bedeutung sein. Wenn wir der guten Hoffnung sind, daß in alter Einheit und Geschlossenheit in Erfurt die Beschlüsse gefaßt werden, die zu fassen das Gebot der Zeit erfordert, dann glauben wir an unsere gute Verbandstradition und die Einsicht der Kollegen, die in entscheidenden Situationen immer zu verzeichnen war.

Zwei Dinge sind es, die die Lage des Verbandes blitzartig beleuchten. Der Verbandstag ist nur für drei Tage berufen und soll nur innerorganisatorische Probleme lösen. Auch diese Sachlage ergibt sich aus der Not der Zeit und den Entwicklungstendenzen. Die Not der Zeit manifestiert sich in den Arbeitslosenzahlen der Welt, der Länder und der Gewerkschaften. Auch unser Verband muß leider über eine Arbeitslosigkeit berichten, wie sie auf längere Dauer noch nicht zu verzeichnen war. Und es gibt keine Anzeichen, die eine Besserung mit Berechtigung erwarten lassen.

In dieser Feststellung liegt der Grund der Problematik, vor die sich der Verbandstag gestellt sieht. Die Arbeitslosigkeit ist das Barometer eines gestörten kapitalistischen Wirtschaftsabbaues. Ist auch das kapitalistische Wirtschaftssystem ohne Wirtschaftskrisen undenkbar, so deutet die lange Dauer der Wirtschaftskrise doch eine funktionelle Störung des Wirtschaftsablaufes an. Und diese Störung ist jetzt ganz offensichtlich. Sie zeigt sich als Strukturwandlung der Wirtschaft, die ihre Folgen auch für die Arbeiterklasse gebären muß.

Es übersteigt den Rahmen dieser Abhandlung weit, die Ursachen des Strukturwandels der Wirtschaft darzulegen. Kriegswirkungen, Industrialisierung, Rationalisierung und technische Entwicklung haben ihn erzwungen. Die Welt ist für die riesenhaft gesteigerte Produktion unter alten Absatz- und Verbrauchsverhältnissen zu klein geworden. Die Unternehmer sind wohl dabei, die wesentlich ertrage-reicheren Produktionsmittel und Produktionsmethoden in Dienst zu nehmen, sie sind aber nicht bereit, die gesteigerte Produktion durch gesteigerte Massenkauflust zum Verschleiß zu bringen. Ihre wirtschaftlichen Schlußfolgerungen gipfeln vielmehr im Verlangen des Lohnabbaues und der Beschneidung der Sozialgesetzgebung. Sie huldigen dem Wahn, durch Senkung der absoluten Lohnkosten den Absatz der Produkte steigern zu können.

Was zur Strukturwandlung der Wirtschaft noch wichtiges zu sagen ist, finden die Kollegen an anderer Stelle der Verbandstagsnummer des Verbandsorganes. Die Folge der wirtschaftlichen Einsichtslosigkeit des Unternehmertums liegt darin, daß die Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit nicht zu überwinden ist. Das heißt mit anderen Worten, daß noch für längere Zeit mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Für unsere Berufe kommt erschwerend die Überfüllung mit Arbeitskräften hinzu. Ist doch statistisch erwiesen, daß für jeden Berufsarbeiter ein Arbeitsplatz gar nicht vorhanden ist. Also selbst in einer Zeit der Hochkonjunktur wird es nicht möglich sein, allen Kollegen Arbeit zu vermitteln. Den Unternehmern ist diese Tatsache ebenso gut bekannt. Ihre Folge wird eine gesteigerte Angriffs-lust zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sein. Nur eine starke, mit den nötigen Mitteln ausgerüstete Organisation wird den Status quo halten können.

Eine schlagkräftige Gewerkschaft ohne gefüllte Kampfkasse gibt es nicht. Die Kasse gehört schon dazu. Aber die an den Verband gezahlten Beiträge gehören ja nicht ausschließlich dem Kampffonds, denn die Unterstützungseinrichtungen wollen auch ihren Teil haben. Die getroffene Aufteilung des Beitrages war auf dem bisherigen Normalstand der Wirtschaft und des Gewerbes aufgebaut. Gelegentlich half die Gewerkschaftskasse aus, wenn die Unterstützungsansprüche über die fließenden Unterstützungsmittel hinausgingen.

Diese Hilfe des gewerkschaftlichen Kampffonds ist auch in dieser Krise gewährt worden. Daneben ist die Sonderaktion zur Unterstützung der mit Verbandsunterstützung ausgesteuerten Arbeitslosen durchgeführt worden. Aber wenn auch diese anerkennenswerte Hilfe vom Verbandsverband nicht geleistet worden wäre, bleibt die erheischte Hilfe zur Gewährung der satzungsgemäßen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung aus dem Kampffonds so groß, daß sie auf die Dauer nur bei Aufgabe seines Gewerkschaftscharakters vom Verbandsverband geleistet werden könnte. Dazu besteht aber weder Lust noch Neigung. Da die Strukturwandlung der Wirtschaft mit positiver Sicherheit voraussehen läßt, daß die Unterstützungsansprüche an den Verband infolge weiter andauernder Arbeitslosigkeit nicht geringer werden, die verschärften Forderungen der Unternehmer aber immer heftigere Abwehr erfordern, muß schon Bedacht darauf gelegt werden, daß Ausgabe und Einnahme bei den Unterstützungseinrichtungen sich decken. Da infolge der wirtschaftspolitischen Sachlage mit ihrer außerordentlichen Sonderbelastung des Arbeitslohnes kaum daran gedacht werden kann den Verbandsbeitrag wesentlich zu erhöhen, bleibt nur als einziger Weg zur Ausbalancierung die Kürzung der Unterstützungssätze übrig. Entsprechende Anträge hierzu sind von den Verbandskörperschaften an den Verbandstag gestellt und bereits erläutert worden. In einer Notzeit, die weiter nichts als Hilfe weiß, als den Arbeitern Lasten über Lasten auf den Hals zu laden und Not und Elend über sie auszuschießen, ist eine Reduzierung der gewerkschaftlichen Unterstützungsansprüche gewiß doppelt schwer zu tragen. Darüber ist sich kein verantwortlicher Kollege imunklar. Und wenn dieser Kelch auch nur mit der geringsten Aussicht auf Besserung des Beschäftigungsgrades zu vermeiden wäre, würde er sicherlich selbst unter Tragung anderer Opfer vermieden. Aber gerade die Umstände erfordern gebieterisch, daß unser gewerkschaftliches Rüstzeug scharf

und schneidend ist. Sonst werden uns Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgezwungen, gegen die das Opfer reduzierter Unterstützungsansprüche an den Verband Kinderspiel ist.

Diese Sachlage, nur kurz skizziert, steht vor den Delegierten des Erfurter Verbandstages. Ein Ausweichen vor ihr gibt es nicht. So unangenehm es auch sein mag: Die Konsequenzen aus der Entwicklung der Zeit müssen gezogen werden! Und wir hoffen, daß die Beschlüsse des Er-

furter Verbandstages so fallen, daß dem gewerkschaftlichen Wirken des Verbandes jeder Spielraum bleibt. Denn schließlich ist die gewerkschaftliche Aufgabe des Verbandes das Primäre. So hoch auch die solidarische Hilfe zu schätzen ist, bleibt sie doch Zweites. Das gilt es bei den zu fassenden Beschlüssen zu beachten. Wir begrüßen die Delegierten zu schwerer ernster Arbeit in Erfurt, deren Ergebnis sein möge:

Raum erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit!

Strukturwandlungen der deutschen Wirtschaft

Von P. Ufermann.

Wir stehen am Krankenlager eines Wirtschaftssystems, welches die Erde in wenigen Jahrzehnten vollständig verändert hat. Der Weg des Kapitalismus war gekennzeichnet von ungeahnten Fortschritten auf dem Gebiete der Produktion, des Handels und des Verkehrs. Noch nie hat die Technik solche Triumphe feiern können wie in den letzten Jahren. Nun scheint das System, welches auf eine solche Vergangenheit zurückblicken kann, bis in das Mark erkrankt zu sein. Zwar nicht produktionstechnisch, denn täglich werden neue Erfindungen gemacht, neue zum Teil sehr komplizierte Apparate und Maschinen in Betrieb genommen. Es handelt sich also um Krankheitssymptome, die nicht den ganzen Organismus, sondern nur Teile davon erfassen.

Die kapitalistische Wirtschaft ist unfähig, das was sie hier erzeugt, dort absetzen zu können. Das oft gebrauchte Wort „das Volk hungert bei vollen Scheunen“ ist Tatsache geworden und scheint auch noch lange gültig zu bleiben. Wohl selten sind Rohstoffe und Lebensmittel so verhältnismäßig wohlfeil zu haben gewesen als gegenwärtig. Noch niemals dürften sich die Waren an den Stapelplätzen der Welt so gestaut haben wie jetzt. Aber auch noch niemals ist eine so große Zahl von Arbeitslosen vorhanden gewesen. Die Industrieländer zählten 25 Millionen Arbeitslose. Diese brachliegenden Arbeitskräfte könnten jährlich die Produktion um einen Wert von rund 100 Milliarden vermehren, wenn sie nicht zur Untätigkeit verurteilt wären. Der Produktionswert der deutschen Wirtschaft beträgt etwa 60 bis 70 Milliarden. Der Schaden der Weltarbeitslosigkeit ist also höher als der Produktionswert eines Industrielandes wie Deutschland. Es sind Funktionsstörungen des herrschenden Wirtschaftssystems, welche sich in aller Offenheit vor uns dartun, aber auch zeigen, daß wir am Wendepunkt einer Entwicklungsepoche stehen. Wir vermögen nicht zu glauben, daß eine technisch geschulte und in den Wissenschaften des Jahrhunderts bewanderte Menschheit sich auf Dauer von dem Ergebnis des eigenen Fleißes tyrannisieren läßt. Wenn also auch eine Wendung zum Besseren zu erwarten ist, so ist jedoch die gegenwärtig lebende Menschheit dazu verurteilt, die Schäden dieses Schnittpunktes weltgeschichtlicher Epochen in voller Schwere auf sich zu nehmen.

Die herrschende Arbeitslosigkeit ist eine Frage von eminenter Bedeutung. Eine Stabilisierung auf dieser Höhe auf Jahre hinaus, würde nicht nur die ganze Zivilisation, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung in ihren Grundfesten erschüttern. Die Arbeiterschaft ist durch sie in zwei Teile zerspalten: die Beschäftigten und die Beschäftigungslosen. Uns scheint, daß die letzteren mit den ersteren in immer größeren Gegensatz geraten. Der längere Zeit Arbeitslose hat ganz andere Interessen, als sein ehemaliger Kollege, der sich im Betrieb befindet. Berufsfragen, Probleme des Lohnes, der Arbeitszeit usw. berühren den Arbeitslosen weniger, sein Interesse konzentriert sich auf Unterstützungen, kurzum auf die Fragen, seine Existenz von heute auf morgen aufrecht zu erhalten. Die Gewerkschaftsbewegung ist durch diesen Gegensatz empfindlich getroffen. Deshalb muß sie zu erkennen versuchen, ob der heutige Zustand sich zu einer Dauererscheinung herausbildet oder vorübergehender Natur ist.

Mit großer Eindringlichkeit dürfte durch die Entwicklungen der letzten Jahre bewiesen sein, daß ein so ausgebauter Produktionsapparat immer mehr Menschen zum Nichtstun verurteilt. Wir hatten bisher das tröstliche Be-

wußtsein, daß seit den hundert Jahren der intensiven kapitalistischen Produktion trotz immer stärkerer Anwendung der Maschine die stets wachsende Bevölkerung in Lohn und Brot gebracht werden konnte. Heute sind sehr starke Beweise dafür vorhanden, daß dies in allernächster Zeit nicht mehr der Fall sein wird. Der Sinn einer hochentwickelten Produktivität wird zum Unsinn einer permanenten Absatzkrise. Wir erleben seit dem Krieg eine sprunghafte Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft. Der Goldwert der Arbeitsstunde wächst ununterbrochen. Eine geringere Zahl von Beschäftigten bringt das gleiche Ergebnis hervor als früher, wo Millionen Arbeits Hände mehr zum Schaffen berufen waren. Gewiß wird die Krise, die zu einer Dauererscheinung zu werden droht, verschärft durch Reparationen, hohe Auslandsverschuldungen, Währungskrisen und außenpolitische Reibereien, aber im Grunde bleibt doch die Tatsache bestehen, daß ein tiefgehender Wandel auf allen Gebieten sich vollzieht. Die Schärfe der auswärtigen Krise liegt in dem Zusammenfallen einer schweren Industriekrise und einer tiefgehenden Depression der Landwirtschaft. Wenn dies auch der Fall ist, so reicht diese Tatsache jedoch keineswegs aus, um diese Folgewirkungen als vorübergehend erscheinen zu lassen. In der Gegenwart haben wir immer noch an den Folgen des Krieges zu tragen, und wird dieses Generalunglück sich noch Jahre und Jahrzehnte auswirken.

In allen Ländern hatten wir seit 1920 eine Hochkonjunktur von seltenem Ausmaß zu verzeichnen. Man ging überall fieberhaft daran, die entleerten Warenlager zu füllen und auf allen Gebieten das im Kriege Versäumte nachzuholen. Diese Sonderkonjunktur ging auf der Basis eines wesentlich verbesserten Produktionsapparates vor sich. Weil man überall Rohstoffe benötigte, gingen die Preise derselben in die Höhe und bewirkten einen Preisstandard, der um das doppelte und dreifache höher war als in der Vorkriegszeit. Der Wert des Dollars und des übrigen Goldgeldes sank, während der Warenwert sich hob. Diese Sonderkonjunktur hielt, unterbrochen durch Sonderkrisen einzelner Länder, bis zum Jahre 1929 an. Von da ab machte sich ein Umschwung bemerkbar. Durch die intensive Tätigkeit mehrerer Jahre konnten die Warenlager nicht nur voll aufgefüllt werden, es machten sich sogar störend wirkende Stauungen bemerkbar. Die Rohstoffpreise kamen ins Wanken und ist dieser Absturz auch heute noch nicht vollendet. Man hätte glauben sollen, daß die wesentlich gesunkenen Rohstoffpreise einer allgemeinen Konjunktur eine gute Stütze geboten hätten. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Wert des Geldes stieg in wenigen Tagen ganz gewaltig. Für den gleichen Dollar, mit dem man 1927 bis 1929 eine bestimmte Menge Rohstoff kaufen konnte, kann man das Mehrfache davon heute erwerben. Alle Standardwaren des Weltmarktes haben einen Preisstand erlangt, der teilweise niedriger ist als vor dem Kriege. Der Preis des Kautschuks, um ein Beispiel nur herauszugreifen, beträgt heute nur 15 Proz. der Vorkriegszeit. Durch diese stoßweisen Preisveränderungen kam eine Verlagerung auf dem Weltmarkt zustande, die sich in der geringeren Kaufkraft der Rohstoff liefernden Länder äußert. Diese wird je Jahr auf rund 16 Milliarden geschätzt. Der Segen, der darin zum Ausdruck kommt, daß riesenhafte Warenmengen zu einem geringen Preis zu haben sind, ist zum Unsegen für die Menschheit geworden. Selbst die besten Köpfe der Menschheit sind mit Eifer aber wenig Geschick bemüht, diesen unentwirrbaren Knoten zu lösen.

Vor uns steht ein Produktionsapparat, der geradezu glänzend genannt werden muß. So oft man auch von den Krankheitserscheinungen der deutschen Wirtschaft redet, so muß doch festgestellt werden, daß der Erzeugungsapparat durchaus gesunde Züge aufweist. Nur die Auswirkungen desselben sind trostlos. Zu keiner Periode sind solche Erfindungen in den Dienst der Menschheit gestellt worden wie in den letzten 12 Jahren. Die Maschine wurde zum Gott der Menschheit. In Deutschland und in anderen Industrieländern stehen heute Millionen von mechanischen Pferdekraften zur Verfügung. Nach einer amerikanischen Zeitschrift betragen die primären Energiequellen in den Vereinigten Staaten, in Deutschland, England und Frankreich zusammen 1124 Millionen PS. Also mehr als eine Milliarde Pferdekraften. Eine Meute von Kraftträgern, hat der Mensch im Laufe der letzten Jahrzehnte entwickelt. Sie rasen und stürmen losgekoppelt durch die Welt. Eine Milliarde Pferdekraften bedeutet die Arbeitskraft von 20 Milliarden Menschen. Die oben angeführten vier Länder haben ungefähr 300 Millionen Einwohner und 100 Millionen Arbeiter, daneben aber 20 Milliarden Arbeiter in Form von mechanischer Energie. Als der Engländer James Watt die Dampfmaschine erfunden hatte, standen als Energie nur die Muskeln von Menschen und Tieren im Produktionsprozeß zur Verfügung. Jetzt erleben wir die Mobilisierung riesenhafter Energien und die Indienststellung gewaltiger Naturkräfte.

Im Papier- und Vervielfältigungsgewerbe Deutschlands waren 1928 950 000 PS. mechanischer Energie vorhanden. Seit 1907 ist eine eineinhalbfache Steigerung eingetreten. In der Verwendung von elektrischen Motoren ist von 1907 bis 1928 sogar eine Steigerung von 550 Proz. zu verzeichnen. Im Vervielfältigungsgewerbe allein stehen ungefähr 500 000 PS. zur Verfügung. Was wurde durch diese Mobilisierung von mechanischen Kraftquellen erreicht? Daß der Nutzeffekt der menschlichen Arbeitskraft ins Ungemessene stieg und daß schließlich der Mensch, als die angebliche Krone der Schöpfung und Beherrscher der Wirtschaft, aus dem Produktionsprozeß verdrängt und zum Sklaven seines eigenen Produkts wurde. Es dürfte nicht notwendig sein, darüber mit Zahlen aufzuwarten, in welcher Weise die Produktion gestiegen ist. Geradezu phantastische Zahlengrößen kann man für einzelne Berufe und Gewerbe anführen. Insgesamt ist festzustellen, daß von Kriegsausbruch bis jetzt die Produktion von Rohstoffen und Fertigwaren wesentlich gestiegen ist. Nach einer Berechnung des Völkerbundes ist die Erzeugung von Rohstoffen von 1913 bis 1928 um 39 Proz. und die Erzeugung von Lebensmitteln um 16 Proz. gestiegen. Rohstoffe und Lebensmittel zusammen haben in den 15 Jahren eine Produktionssteigerung von etwa 25 Proz. durchgemacht. In der gleichen Zeit hat sich die Menschheit der Erde nur um 8 Proz. vermehrt. Die Zunahme der Erzeugung von Waren und Lebensmitteln ist in dem kurzen Zeitraum dreimal stärker gewesen als die Zahl der Menschen. Weil das Brot schneller wächst als die Zahl derjenigen, die es verzehren, vermag die Menschheit bei richtiger Verteilung der vorhandenen Waren und Lebensmittel viel besser zu leben als jemals zuvor.

Über die deutsche Wirtschaft speziell ist noch einiges zu sagen. Wir verdanken den Forschungen des Instituts für Konjunkturforschung die Erkenntnis, daß in Deutschland in wenigen Jahren Milliardenwerte investiert wurden. Von 1924 bis 1929 wurden in der deutschen Wirtschaft angelegt: für Neuanlagen 26,8 Milliarden, für Ersatzanlagen 26,2 Milliarden, für Vorratsvermehrung 12,7 Milliarden, insgesamt also 65,7 Milliarden Mark. In dieser gewaltigen Summe steckt ein erheblicher Teil Fehlrationalisierung. Es wurden große Geldmittel dort angelegt, wo sie niemals rentabel arbeiten werden. Man beachte, daß diese Riesensummen, in denen ungefähr 20 Milliarden Auslandsgelder stecken, in wenigen Jahren aus der Wirtschaft herausgeholt wurden. Im graphischen Gewerbe sind in der gleichen Zeit 120 Millionen neu investiert worden. Dadurch wurde die Entwicklung nicht unwesentlich beschleunigt. Wie dem aber auch sei, es wurde dadurch ein Erzeugungsapparat geschaffen, der auf gewaltige Produktionsgrößen zugeschnitten ist und seit Jahren nur unvollkommen benutzt wird. Die Menge des Einkommens, die in feststehende Anlagen verwandelt wurde, und in steigendem Maße höhere fixe Kosten verursacht, ist in den genannten Jahren höher gewesen als vor dem Kriege. Im Ar-

beitsprozeß der Zukunft wird der Anteil der fixen Kosten Stunden vorgeschlagen. Machen wir uns damit vertraut, höher sein als der der proportionalen Kosten, der Löhne usw. Wenn der vorhandene Produktionsapparat nicht voll ausgenutzt werden kann, steigen die fixen Kosten automatisch. Ein Arbeitsapparat, der auf das dreifache der tatsächlichen Produktion eingestellt ist, ist teurer als ein solcher, der mit mehr Arbeitskräften aber weniger Maschinen arbeitet. Wir müssen befürchten, von den steigenden fixen Kosten erdrückt zu werden. Der Kapitalismus hat versucht durch organisatorische Maßnahmen die eingetretene Wirtschafts-anarchie in vernunftgemäße Bahnen zu lenken. Es wurden Organisationen zur Regelung der Produktion und des Absatzes geschaffen. Diese Erscheinung der Wirtschaft unter dem Namen Monopolkapitalismus bekannt geworden. Der Einzelunternehmer tritt im Rahmen desselben immer mehr zurück. Auf dem Kampfplatz stehen sich organisierte Gruppen gegenüber. Wir wollen uns hierüber nicht weiter verbreiten. Es genügt festzustellen, daß auch die privatkapitalistischen Organisationsbestrebungen den Widersinn zwischen Produktion und Verbrauch nicht aufzuheben vermochten, sondern ihn noch mehr verschärften.

Was der organisierte Kapitalismus vor allem nicht zustande brachte, war den Käufercharen die benötigten Produkte zu einem vernünftigen Preis zur Verfügung zu stellen. Eine Rationalisierung, die Kaufkraft erschlägt und sie nicht neu zu schaffen vermag, ist ein wirtschaftlicher Unsinn. Man sollte erwarten, daß bei den großen Vorräten von Rohstoffen und diesem guten Produktionsapparat die Produkte des täglichen Lebens einen Preissturz ähnlich dem der Rohstoffe zur Folge haben müßten. Nichts von alledem. Von einzelnen Erscheinungen abgesehen, vermag der Konsument keine Erleichterung seiner Lebenslage durch die rationalisierte Massenproduktion zu sehen. Und das ist es, was die Menschen so erbittert. Massenhafte Rohstoffstauungen, ein blitzender und riesenhafter Arbeitsapparat und auf der andern Seite massenhafte Arbeitslosigkeit und Hunger. Das sind Gegensätze, die jeden vernünftig denkenden Menschen verückt anmuten.

Wenn man dies aber auch feststellt, so ist die Frage noch nicht beantwortet, wie dies einmal auslaufen soll. Wir neigen der Meinung nicht zu, daß diesmal ähnlich wie bei früheren Krisen, nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit eine Besserung eintritt und die vorhandenen Arbeitskräfte bis auf einen geringen Rest wieder in die Arbeitsarmee eingegliedert werden können. Die Arbeitslosigkeit von heute wird wohl etwas gemildert werden können, aber auf Jahre hinaus eine erschreckende Höhe behalten. Hier auf müssen sich die Wirtschaftspolitik, die öffentlichen Gewalten und letzten Endes auch die Gewerkschaften einstellen. Wir müssen uns damit vertraut machen, daß neben den in der Fabrik und im Betrieb Arbeitenden ein großes Heer von erbitterten und innerlich gebrochenen Menschen lebt. Wie ist dem nun abzuhelfen? Von den Gewerkschaften ist die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 daß selbst die restlose Durchführung dieses Vorschlages das Übel nicht zu beseitigen vermag. Für jede Institution, die von einer derartigen Entwicklung betroffen wird, ist es gut, sich früh genug darauf einzustellen. Unseres Erachtens muß sich die gesamte Arbeiterklasse zu positiver Einflußnahme auf die Wirtschaft vereinigen. Es dürfte vernünftigerweise keinen Gegensatz zwischen den Hand- und Kopfarbeitern geben, der sie daran hindert, in dieser historischen Stunde zu Maßnahmen zu gelangen, die die einzige Hoffnung bilden, Errungenschaften von großem Wert zu erhalten. Lassen wir der Entwicklung noch weiter ihren Lauf, so können Werte und Einrichtungen vernichtet werden, die die Arbeit von Generationen bedeutet haben. Die gesamte Kraft der Nation muß zusammengefaßt werden, um die Arbeiterschaft vor dem Untergang zu retten. Die Gewerkschaften müssen in diesem Kampf die Führung übernehmen. Aber was auch unternommen werden mag: der Schutz der Organisation ist im Augenblick das Dringendste. Hier darf es nur einen Willen geben. Außer dem Esel des seligen Buridan ist noch niemand an Überfluß zugrunde gegangen. Deshalb dürfen wir auch hoffen, daß die derzeitige Menschheit nicht bei vollen Scheunen verhungert, sondern die Funktionsstörungen des herrschenden Wirtschaftssystems zu beseitigen versucht. Aber bis es so weit ist, gilt es vorzubeugen und die vorhandenen Machtmittel, vor allem die Gewerkschaftsorganisation, kampffähig zu erhalten.

Der Zwang zur Tat

Von Joh. Haß.

Wir haben in der Nachkriegszeit in den modernen Staaten manche Umwälzungen erlebt. Die Ereignisse in Deutschland übertragen in dieser Zeit aber alle Erschütterungen, die wir anderswo beobachten konnten. Gegenwärtig wird Deutschland von der schweren internationalen Wirtschaftskrise geschüttelt und gerüttelt. Verstärkt wurden diese Wirkungen durch eine Geld- und Kreditkrise. Wir standen auch dicht vor einer politischen Krise, die das Maß von Aufregungen und Schwierigkeiten noch erheblich vergrößert hätte. So viele Erschütterungen sind für ein Land, das den Krieg verloren hat und nur einige Jahre Zeit hatte, sich nach der Inflation umzustellen, zu viel. Wohl hat Deutschland seine Privatwirtschaft völlig neu gestalten können. Es hat auch wirtschaftliche Erfolge im größten Ausmaß zu verzeichnen gehabt. Trotzdem ist durch das Zusammenwirken dieser verschiedensten Ursachen die Gefahr eines wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruches sehr nahe gerückt gewesen.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind den Delegierten des Verbandstages im Bericht an den Verbandstag über die letzten drei Jahre ausführlich dargelegt worden. Es sind mannigfache Ursachen gewesen, die unser Land und Volk getroffen haben. Alle Wirkungen der Unsicherheit und Veränderungen haben die Arbeiterschaft wieder am schwersten getroffen. Politisch und gewerkschaftlich waren die Arbeiterparteien nicht stark genug, die Krise durch die Übernahme der Macht abzuwenden oder zu überwinden. Leider konnten die Gewerkschaften auch ihre errungene Position gegenüber der Privatwirtschaft nicht halten, geschweige denn sich eine bessere Position erkämpfen.

In diesem Auf und Nieder der Entwicklung ginge es der Arbeiterschaft noch bedeutend schlechter, wenn die großen gewerkschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiterschaft nicht vorhanden wären. Es ist aber nicht zu leugnen, daß infolge der politischen Kräftezersplitterung der Arbeiterschaft und des Bruderkampfes unsere Position geschwächt ist. Wenn wir uns als Arbeiter nicht mit dem Diktat der Unternehmer und der Staatsbürokratie abfinden wollen, müssen wir schleunigst bestrebt sein, diese Verlustperiode zu überwinden durch Sammlung der Kräfte und Stärkung unserer gewerkschaftlichen Organisation.

Unser Verband hat in dieser schrecklichsten aller erlebten Wirtschaftskrisen seine Aufgabe darin gesehen, die Arbeitskraft des einzelnen Mitgliedes zu erhalten und zu stärken. Bei den bestehenden Leistungslöhnen in unseren Berufen war das besonders notwendig, denn sonst wäre ein hemmungsloser Abbau erfolgt, und wir hätten jahrelange Kämpfe führen müssen, um wieder eine einigermaßen günstige Position zu erlangen.

Es ist heute umstritten, ob wir mit dieser Hilfe gegenüber dem einzelnen Mitgliede zu weit gegangen sind. Mit der Stärkung, die wir dem einzelnen Mitglied zuteil werden ließen, haben wir die Kampfkraft des Verbandes stark geschwächt. Der Verbandstag soll nun untersuchen und feststellen, welche Haltung in ähnlichen künftigen Situationen einzunehmen ist. Der Vorstand hat den Delegierten diese Entscheidung erleichtert, indem er Berechnungen und Prüfungen vorgenommen hat. Neben dem Verbandsberichtsbericht sind den Delegierten drei umfangreiche Bücher zugegangen, die das Ergebnis der Untersuchung der Arbeitslosennot in den Jahren 1928, 1929 und 1930 enthalten. Diese Untersuchungen zeigen jedem Einsichtigen klar und deutlich, daß wir nicht mehr mit den Berufsverhältnissen vergangener Jahre rechnen können. Der vorübergehende Krisenzustand 1925-26 der deutschen Wirtschaft hat sich seit 1929 zu einem Dauerzustand ausgewachsen. Millionen arbeitsfähiger und arbeitsbereiter Hände können in den Produktionsprozeß nicht eingeschaltet werden. Auch bei uns sind von 20 000 Mitgliedern 5600 arbeitslos und gegenwärtig auf Unterstützung angewiesen. Eine weitere Untersuchung war in der Berichtsperiode der Lohngestaltung gewidmet. Die Bearbeitung unserer Statistik vom 1. Oktober 1929 gibt ein umfassendes Bild über die Position in Deutschland, die wir zu verteidigen haben.

Der Vorstand hat nun dem Verbandstag Anträge unterbreitet, die nach seiner Meinung diesem Notzustand des Verbandes abhelfen. Unser Verband ist keine

Unterstützungsorganisation, sondern eine Gewerkschaft. In dem Augenblick, wo die Arbeitslosigkeit in diesem Ausmaß Dauerzustand geworden ist, kann der Verband dem einzelnen Kollegen nicht mehr in dem Umfange mit sozialen Unterstützungen zur Seite stehen, wie es in einer Zeitperiode möglich war, in der tarifliche Gebundenheit bestand und kein Kampf um den Lohn geführt zu werden brauchte. Wir treten nunmehr in eine große Kampfperiode um den Lohn ein und haben dafür Mittel bereitzustellen, die im Notfalle große Kollegenkreise über Wasser halten können, wenn die Unternehmer uns Zumutungen stellen, die wir abweisen müssen. Natürlich gibt es auch den Weg einer sehr starken Erhöhung des Beitrages, um beide Aufgaben zu erfüllen. Die Beitragssteigerung hat aber ihre bestimmten Grenzen. Über eine gewisse Höhe hinaus werden hier gefaßte Beschlüsse unwirksam; sie bedeuten die Schwächung der Organisation.

Als Hauptweg bleibt uns also nur, den eingehenden Beitrag mit den großen Verpflichtungen, die auf dem Unterstützungsgebiet vorliegen, und der Bereitstellung von Mitteln für den gewerkschaftlichen Kampf miteinander in Einklang zu bringen, d. h. also, die Unterstützungen dürfen nicht höher sein, als sie nach den Beitragsanteilen in solchen Krisenzeiten geleistet werden können. Jedenfalls darf nicht der gegenwärtige Zustand fortbestehen, daß die Teile des Beitrages, die für Gewerkschaftsarbeit und gewerkschaftliche Kämpfe bestimmt sind, für Unterstützungszwecke verwandt werden. Natürlich müssen die Unterstützungen so hoch sein, als es nur denkbar und tragbar ist. Sie finden aber, wie schon bemerkt, eine Grenze in der Beitragshöhe, die die Kollegen tragen können.

Die bisherige Berechnungsart für die Unterstützungs-gestaltung bewegte sich auf der Basis normaler Zeiten mit 3 bis 5 Proz. Arbeitslosen, die in Krisenzeiten nicht über 10 Proz. stieg. Bei der Zahl der Kranken rechneten wir mit 2,5 bis 3 Proz. der Mitglieder. Die Berechnungen des Vorstandes ergeben, daß wir in normalen Zeiten mit dieser Berechnungsart ausgekommen sind und mit sparsamer Wirtschaft recht beträchtliche Überschüsse zurücklegen konnten. Hätten wir diese sparsame Wirtschaft nicht getrieben und nicht ein großes Vermögen gehabt, dann hätten wir in dieser Krisenzeit nicht solche Leistungen vollbringen können. Wenn nun der bisherige Zustand der Vergangenheit angehört und sicher nicht so bald zurückkehrt, dann müssen wir Änderungen auf diesem Gebiet vornehmen. Es kann keine Rede davon sein, daß der Verband wie der alte Senefelder-Bund eine reine Unterstützungsorganisation wird, sondern der Verband muß der Kampfband der Kollegen bleiben, um eine höhere Lebenshaltung zu erzwingen.

Die Gewerkschaft ist aber darüber hinaus der Kampfplatz gegen Unterdrückung und Ausbeutung überhaupt mit dem Endziel der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir haben diese Stellungnahme nach der Revolution auf dem Verbandstag in Magdeburg 1919 klar und eindeutig festgelegt. Daran haben wir uns auch jetzt zu halten, wo sich die Verhältnisse durch Krise und Arbeitslosigkeit gänzlich gewandelt haben. Das Material, das der Vorstand den Delegierten des Verbandstages für die Beurteilung und Entscheidung der Sachlage zugeleitet hat, ist so beweiskräftig, daß mit den notwendigen Beschlüssen gerechnet werden kann.

Wir befinden uns also auf dem Verbandstag in Erfurt ungefähr in der gleichen Situation, wie 1925 auf dem Verbandstag in Köln. Zur inneren Festigung des Verbandes müssen wir wirtschaftlichen Erkenntnissen und Tatsachen Rechnung tragen und unsere Verbandseinrichtungen darauf umstellen. Wir können nicht, wie die Unternehmer, den Apparat der Organisation stilllegen, sondern es ergibt sich im Gegenteil in Krisenzeiten ein gehäufter Maß von Arbeit. Die Betreuung von 5600 Arbeitslosen und fast 1000 Kranken ergibt schon eine büromäßige Arbeit, die von den beamteten und ehrenamtlichen Funktionären kaum noch zu leisten ist. Der Apparat des Verbandes kann also nicht verkleinert werden, wenn nicht die Interessen unserer Kollegen unberechenbaren Schaden erleiden sollen. Da wir gegenwärtig nur ungefähr 12 000 Kollegen haben, die den

Vollbeitrag bezahlen, und die Mehrausgaben für die Unterstützungen trotz der Extrabeiträge die Einnahmen übersteigen, mußten die notwendigen Zuschüsse aus dem Kampffonds entnommen werden.

Leider können wir aus der „Graphischen Presse“ nicht die Auffassungen kennen lernen, die die Kollegen zu diesem Verbandstag einnehmen. Trotzdem kennen wir natürlich die Ansichten und Gefühle unserer Kollegen. Sie gipfeln darin, möglichst geringe Beiträge und damit geringe Anspannung ihres eigenen Arbeiterbudgets und möglichst weitgehende Hilfe in Fällen der Not. Die große Mehrzahl der Kollegen hat in der Krisenzeit eingesehen, daß wir Arbeitsverhältnisse besitzen, die es zu verteidigen lohnt. Wir haben wirklich etwas zu verlieren! Die Kollegen, die in den Genuß der Unterstützungen kamen, haben auch wohlwollend diese große Hilfe des Verbandes empfunden. Trotzdem soll nicht geleugnet werden, daß es auch einsichtslose Kollegen gibt, die sehr enttäuscht sind, weil wir bei dem Niedergang der deutschen Wirtschaft auch Opfer bringen mußten. Das sind aber nur Ausnahmen.

Unsere jüngere Kollegenschaft hat die Zeitperiode nicht miterlebt, als die Alten unter uns nicht nur Krieg und Inflation zu überwinden hatten. In der Vergangenheit gab es noch viel schlimmere Zeiten. Das waren die 12 Jahre Sozialistengesetz, die bewußten Rechtsbruch durch Polizei und Gerichte brachten. Diese schreckliche Zeit unter den Kürassierstiefeln eines Bismarck, in der Gewerkschaften, Partei und selbst harmlose Turnvereine verfolgt wurden, muß in das Gedächtnis der lebenden Generation zurückgerufen werden.

Wir hatten in unseren Berufen das Glück, durch die Verbandsführung und Disziplin der Kollegen bis zum Verbandstag in Jena 1928 und selbst noch im Jahre 1929 einen Aufstieg und Fortschritt konstatieren zu können. Auch als in den übrigen Industrien und Berufen im Jahre 1930 schon Abbröckelungen erfolgten, hielten wir noch die Kampffront. 1930 war für unseren Verband sogar ein Jahr glänzender Erfolges, denn es gelang uns, den starken Ansturm der Unternehmerorganisationen auf unsere Arbeitsverhältnisse abzuwehren.

Es ist die zweite große Aufgabe, die der Verbandstag zu lösen hat, für die Zukunft festzulegen, wie ein erfolgreicher Kampf um die tarifliche Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse geführt werden soll. Die Auffassung des Verbandsvorstandes und seine Kampfziele sind den deutschen Kollegen genauestens bekannt. Sie sind in den Beschlüssen der letzten Verbandstage festgelegt. Die Kampfziele der Unternehmerverbände haben wir in unserem Bericht an den Verbandstag eingehend geschildert. Diese wollen, daß die Arbeiter den Kapitalisten wieder ein Vermögen erhungern und erarbeiten sollen. Zum Dank dafür sollen wir eine Einschränkung der Volksrechte, eine Reduzierung der Sozialpolitik und -versicherung und eine Herabdrückung unserer Lebenshaltung in den Kauf nehmen. Wenn es noch zu erreichen wäre, würden auch die Unternehmerverbände nicht davor zurückschrecken, die Beseitigung des Koalitionsrechtes zu verlangen oder die Gewerkschaften zu verbieten.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland und die Verpflichtungen aus dem Kriege haben uns in eine Krise geführt, in der Parlamentarismus und Demokratie versagen. Es wird gegenwärtig mit dem § 48 der Reichsverfassung regiert. Wir haben eine Regierung der Diktatur. Wenn schon Diktatur, wird jeder unserer Kollegen und Arbeiter sagen, dann möglichst eine proletarische. Wir könnten dies haben, wenn die Arbeiter, die in der Nationalsozialistischen, in der Kommunistischen und in der Sozialdemokratischen Partei sind, eine geschlossene Front bilden würden. Damit ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Deshalb werden wir auch keine proletarische Diktatur bekommen, sondern wir müssen vielmehr alles tun, um eine ausgesprochene Rechtsdiktatur zu verhindern. Jeder Arbeiter wird sich darüber klar sein, daß gegen diese Rechtsdiktatur nicht nur unsere Gewerkschaften einen ununterbrochenen Abwehrkampf führen müßten, sondern manche Rechte, die uns die Umwälzung von 1918 gebracht hat, werden dann Kampfobjekt werden.

In dieser Zeit des brutalsten Klassenkampfes, in der wir augenblicklich leben, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der einzelne völlig recht- und machtlos ist, wenn er nicht den Schutz einer starken Arbeiterorganisation zur Seite hat. Werden die Gewerkschaften über die

Maßen geschwächt oder gar in ihrer Existenz gefährdet, dann ist der Arbeiter ohne diesen Schutz willigstes und billigstes Ausbeutungsobjekt auf tiefster Lebensstufe. Die Gewerkschaften und insbesondere unser Verband haben in den letzten sieben Jahren Gewaltiges geleistet. Das bleibt auch bestehen, wenn es Kollegen gibt, die das nicht zu sehen vermögen, oder nicht erkennen wollen.

Welche Probleme hat nun der Verbandstag im Rahmen der Tarifpolitik zu lösen? Die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise können nicht dauernd außerhalb der Betriebe bleiben und von geringen Unterstützungen ihr Dasein fristen. Die Gehilfenvertreter unseres Verbandes haben schon seit Jahren bei den Tarifverhandlungen eine kürzere Arbeitszeit gefordert. Wenn auch damals hauptsächlich kulturelle Gesichtspunkte maßgebend waren, so zeigte sich doch bereits bei den Verhandlungen 1929 und 1930 klar und deutlich, daß mit Palliativmitteln der steigenden Arbeitslosigkeit nicht beizukommen ist. Wir haben bei den letzten Verhandlungen entsprechend den nationalen und internationalen Beschlüssen der zuständigen Arbeiterorganisationen die 40-Stundenwoche gefordert.

Als der Internationale Kongreß der Gewerkschaften in Stockholm im Sommer 1930 die 44-Stundenwoche forderte, haben alle Unternehmerorganisationen dagegen entschieden Stellung genommen. Auch die deutschen Arbeitgeberverbände traten gegen diese Arbeitszeitverkürzung auf. Sie waren nicht einmal dazu zu bewegen, die 48-Stundenwoche allgemein zur Durchführung zu bringen. Bei den Verhandlungen in unseren Berufen haben unsere Unternehmer eine etwas freundlichere Haltung eingenommen. Sie hatten das Problem erkannt und machten nur berufliche, finanzielle und technische Bedenken geltend.

Im Februar dieses Jahres hatte der Reichsarbeitsminister Stegerwald versprochen, zwangsweise durch Notverordnung die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn nicht bis Ende April ein Abflauen der Arbeitslosigkeit zu konstatieren sei. Es ist aber nichts geschehen, denn die Bestimmungen der Notverordnung der Reichsregierung vom 5. Juni d. J. betonen nur die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Die Abmachungen darüber sollen zwischen den Vertragsverbänden durch tarifliche Regelung getroffen werden. Wir haben über eine Sitzung der Vertragsverbände der graphischen Industrie vor dem Reichsarbeitsministerium in der „Graphischen Presse“ berichtet. Nach der Auffassung dieses höchsten Reichsamtes für Arbeit soll der Unternehmer berechtigt sein, den Achtsturentag aufrecht zu erhalten, wenn er nur einen Arbeitswechsel einführt, daß jeder Arbeiter nicht mehr als 40 Stunden in der Woche arbeitet. Ein allgemeiner Zwang zur Einstellung neuer Arbeitskräfte aus den Reihen der Arbeitslosen soll nicht ausgeübt werden. Der Unternehmer soll nach eigenem Ermessen darüber verfügen dürfen. Ein Lohnausgleich, den die Gewerkschaften verlangen, wird der Einigung zwischen den Vertragsverbänden der Unternehmer und Arbeiter überlassen.

Es ist also vor auszusehen, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften eine Einigung nicht erzielt werden wird. Wir können nicht alle Rechte preisgeben und nur dafür sorgen, daß dem Namen nach eine kürzere Arbeitszeit oder besser gesagt eine allgemeine Kurzarbeit eingeführt wird. Grundlage für den Ausgleich muß sein, daß durch Rationalisierung und technische Verbesserungen eine Leistungssteigerung im Gewerbe eingetreten ist. Da dieses ohne Zweifel festzustellen ist, muß auch ein Ausgleich zugunsten der Arbeiter geschaffen werden. Die bestehende privatkapitalistische Gesellschaft hätte ihren Sinn verloren, wenn sie nach den Erfolgen des Menschengenies nicht mehr alle Menschen ernähren und kleiden könnte. Wir sind durch die Entwicklung der Technik so weit, daß vielfach die Arbeit des Menschen von der Maschine ausgeführt wird. Es ist also eine Kulturstufe erreicht, daß die Menschen die Früchte dieser Arbeitsweise genießen könnten. Kann diese Gesellschaft eine solche Verteilung der Erzeugnisse des Bodens und der Maschine nicht vornehmen, dann ist sie wert und reif, beseitigt zu werden.

Wir sind bereit, die 40-Stundenwoche mit unseren Unternehmern zu vereinbaren. Bedingung dafür muß sein, daß eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen erreicht wird und daß ein Teil dieser unglücklichen Menschen in die Betriebe kommt. Der Lohnausgleich muß eine Höhe haben, der die Arbeitenden befähigt, nicht Opfer für diejenigen Arbeitslosen zu bringen, die nicht in Arbeit gebracht

werden können. Wenn also bei unseren Unternehmern der gute Wille vorhanden ist, dem Staate und dem Volke zu helfen, dann werden wir in den nächsten Wochen eine Vereinbarung treffen können. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so wird der Reichsarbeitsminister von sich aus durch Notverordnung die Arbeitszeit festsetzen müssen.

Der Verbandstag hat dann noch Entscheidung zu treffen, in welcher Weise der Kampf um unseren Lohn geführt werden soll. Das alte Problem, Tariflohn oder Leistungslohn, wird dabei wieder zur Erörterung kommen und unter neuen Gesichtspunkten nach allen Seiten geprüft werden müssen. Alles, was mit taktischen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles zusammenhängt, wird auf dem Verbandstag in geschlossener Sitzung verhandelt werden. Hier gilt es also nur die Tatsachen festzustellen, die das endgültige Urteil vorbereiten sollen.

Der Lohn wird bestimmt durch kulturelle, wirtschaftliche und technische Faktoren. Als die Arbeiterbewegung noch schwach war, waren in der Hauptsache kulturpolitische Gesichtspunkte für die Aufstellung von Forderungen entscheidend, wenn nicht durch eine Teuerungswelle der Reallohn gesenkt wurde. Der Kampf der Arbeiterschaft gilt seit mehr als hundert Jahren dem Aufstieg des vierten Standes. Die Menschheit will vorwärts; die Kulturansprüche steigen und wollen befriedigt sein! Alles, was Menschengestalt und Menschenkraft in den Jahrhunderten geschaffen haben, muß sich in der Richtung des Fortschrittes offenbaren. Der Fortschritt besteht aber nicht nur in einer gesteigerten Produktion, sondern auch in einem gesteigerten Verbrauch. Dieser gesteigerte Verbrauch darf nicht nur bestimmt sein von der größeren Zahl der Menschen, sondern auch das Quatum, das der einzelne zu verbrauchen hat, muß sich steigern, wenn Staat und Gesellschaft nach einem kulturellen Aufstieg streben.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, die den Lohn beeinflussen, haben wir in der Nachkriegszeit zur Genüge kennen gelernt. Vor dem Kriege haben wir uns um die Zusammenhänge und die Verbundenheit der Wirtschaft wenig gekümmert. Besonders ist uns diese Verbundenheit in den letzten Wochen auch international sichtbar geworden. Kein Staat kann wie auf einer Insel abgeschlossen von der übrigen Welt leben, wenn es durch verbohnte Nationalisten in allen Ländern gibt, die so etwas propagieren und erstreben. Die wenigsten Berufe können von dem inneren Markt innerhalb der eigenen Landesgrenzen leben. Wenn auch der äußere Markt nicht für alle unsere Berufe oder nur im begrenzten Ausmaß Bedeutung hat, so ist doch unser größter Beruf, das Lithographie- und Steindruckgewerbe, in starkem Ausmaß von dem Auslande abhängig. Wenn auch keine Massenaufträge wie in der Vorkriegszeit, aus dem Auslande vorläufig mehr zu erhalten sind, so sind es doch immer noch 30 bis 35 Proz. unserer Berufsangehörigen, die nur für das Ausland arbeiten. Der Absatz von Erzeugnissen mit höchster Qualitätsleistung ist immer noch möglich. So beschränkt dieser Export in unseren Berufen auch ist, wir müssen damit rechnen und eine gewisse Konkurrenzfähigkeit ermöglichen.

Bei den Tarifverhandlungen haben wir immer und immer wieder darauf hinzuwirken versucht, daß mehr Wert auf den inneren Markt gelegt wird. Die Erzeugnisse unserer Berufe haben als Käufer auch viele inländische Arbeiter. Ist die Kaufkraft bei den Arbeitern so gering, daß sie keinen Teilbetrag von ihrem Lohn für solche Waren erübrigen, dann geht der Absatz dieser Produkte zurück, und die Arbeitsbasis für unsere Kollegen wird immer enger. Es soll gar nicht davon geredet werden, daß von der Kaufkraft des Lohnes ganze Berufsstände, insbesondere der Mittelstand, allein abhängig ist. Die Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsweise und auch unsere Unternehmer gehen den umgekehrten Weg und wollen den Lohn senken. Da sie die Bedeutung der Kaufkraft des Lohnes aber nicht leugnen können, vertreten sie die Fehse, daß die Preise im allgemeinen gesenkt werden müssen,

so daß auch bei geringerem Lohn die Kaufkraft erhalten bleibt.

Über die Preise und ihre Entwicklung, über Maßnahmen der Regierungen zur Beeinflussung der Preise, über Begünstigung der Kartelle, Syndikate und Trusts ließe sich ein ganzes Buch schreiben. Wir wissen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, daß alle Regierungen bei der Senkung der Preise völlig versagt haben. Der Fertigungsindustrie wurde die gemeinsame Preisbildung unmöglich gemacht. Den großen kapitalistischen Monopolbetrieben wurden die Preise gesichert. Bei einem solchen System auf die Dauer muß jeder Staat zugrundegehen.

Seit einem Jahre haben die Unternehmer mit Hilfe des Staates und seiner Schlichtungsinstanzen den Lohnabbau durchgesetzt. Die Tariflöhne sind bis zu 20 Proz. und mehr gesenkt worden. Wir marschieren mit unseren 6 und 7 Proz. Lohnabbau ziemlich hinten in dieser Bewegung. Zudem haben wir ein Jahr Vorsprung gegenüber den anderen Berufen. Die Gruppe der Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker ist erst zum Teil von einer Lohnsenkung überhaupt betroffen.

Das Dynamische unserer Zeit besteht darin, daß der Kapitalismus eine immer höhere Produktion durch Rationalisierung und durch Entwicklung der Technik möglich macht. Er zieht aber daraus nicht die Konsequenz, die er eigentlich ziehen müßte. Wenn wir nicht annehmen wollen, was nach Kriegsschluß von Frankreich und auch von einigen falschen deutschen Propheten vertreten wurde, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zu viel leben, dann kann man nur die vorhandene Arbeit auf alle Menschen gleichmäßig verteilen. Können die Arbeitermassen an den Produktionsstätten nicht beschäftigt werden, dann bleibt nur übrig, den Gesamtertrag dieser Produktion auf alle Menschen zu verteilen. Es muß also auch der Teil der Menschen anständig ernährt werden, der gerne arbeiten möchte, aber nicht arbeiten kann. Das letztere geht natürlich nur eine Zeitlang. Im Nichtstun und Geldverzehren sieht kein Volk seinen Lebenszweck. Es wird also aus sich heraus die Kräfte erzeugen, die das Bestehende stürzen. Daß am Ende einer solchen Entwicklung die sozialistische Gesellschaft steht, ist auch schon Vertretern des Kapitalismus zum Bewußtsein gekommen. Die politischen Maßnahmen, die den Lohn beeinflussen, sollen hier nicht näher erörtert werden. Der Lohn kann also nicht losgelöst von der Umgebung, von Produktion und Absatz bestimmt werden, sondern er steht in enger Wechselwirkung zu diesen Dingen.

Unser Verbandstag kann nun nicht die Kräfte auslösen, die die Privatwirtschaft überwinden und über staatliche Kontrolle und Mitwirkung der Arbeiterschaft zur öffentlichen Wirtschaft und später zur sozialistischen Gesellschaft führen. So wie die Zeit der Natural- und Individualwirtschaft überwunden ist, so wird auch die Zeitperiode einer individualistischen Lohnregelung in Bälde einen kollektiven Platz machen. Wir sind vom individuellen Arbeitsrecht zum kollektiven gekommen, diese Entwicklung dürfte sich in Zukunft auch auf die Lohnregelung ausdehnen. Soweit wir also zum Tarifrecht und zur Lohnpolitik auf dem Verbandstag Stellung zu nehmen haben, muß es im Sinne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geschehen. Auch wir gehören zu der großen deutschen Arbeiterarmee und können unsere Kulturmission nur im Rahmen der Forderungen der internationalen Arbeiterschaft betrachten und durchführen.

Große und schwere Entscheidungen stehen vor den Beauftragten der Kollegenschaft. Wenn wir nicht gerüstet sind, können wir noch einmal erheblich zurückgeworfen werden. Wir müssen also unseren Verband, der unsere Kampforganisation ist, auf die gegebenen Notwendigkeiten einstellen. Die Entscheidungen müssen so getroffen werden, daß die Kollegen und damit auch der Verband gut dabei fahren. Es geht nicht um kleinliche und einzelne Dinge, es geht diesmal um das Ganze, um Sein oder Nichtsein einer wirksamen Interessenvertretung der deutschen Kollegenschaft.



Wirtschaft und Technik

Von Ernst Herbst.

Zum letzten Verbandstage wurde auf die immer mehr in Erscheinung tretenden Wechselwirkungen zwischen Technik und Wirtschaft aufmerksam gemacht. Daraus ist im Fortgang der Wirtschaftskrise merkwürdigerweise gefolgert worden, daß es hauptsächlich die Technik sei, die, wenn auch nicht völlig, so doch zum guten Teile die Ursache der tiefgehenden Krise verschulde. Der hierin liegende Vorwurf kann aber die Technik, die weder gut noch böse ist, gar nicht treffen. Beim gedanklichen Erfassen der Dinge stellt sich doch unzweifelhaft heraus, daß nicht die Technik, sondern die Wirtschaftsform Ursache zu diesen Erscheinungen gibt. Technik und Wirtschaftsform haben begreiflich miteinander nichts zu tun. Die Technik hat ihre Aufgaben in hinter uns liegenden Wirtschaftsperioden ebenso erfüllt, wie sie es in kommenden Wirtschaftsformen tun wird. Die Technik ist also keine Eigentümlichkeit der zeitlichen kapitalistischen Wirtschaftsform. Wir nennen zwar Technik und Wirtschaft immer zusammen, tun aber doch gut, diese Dinge begrifflich auseinanderzuhalten, um uns vor Irrtum zu bewahren. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß in den Industrieländern Technik und kapitalistische Wirtschaftsform zusammen angetroffen werden. Es hat eben nicht die öffentliche Hand, sondern der Privatunternehmer die Technik in den Dienst der Industrie gestellt. Das führte dann allmählich zum Großbetrieb und zur Anhäufung von Kapital. Mit dem Besitz der Produktionsmittel und des Kapitals ließ sich dann auch der Weg zur unpersönlichen Aktiengesellschaft öffnen. Daß diese Entwicklung der Menschheit und insbesondere dem arbeitenden Menschen nicht zum Segen gereichte, sehen wir an den Wirtschaftsskandalen der jüngsten Vergangenheit. Wir sehen aber auch in dieser Entwicklung, daß die gegenwärtige Wirtschaftsform den Zweck der Technik, die Menschheit mit Gebrauchsgütern zu versehen und den Gütervorrat zu vermehren, völlig verändert hat. Die kapitalistische Produktion dient nicht mehr den Bedürfnissen der Menschen, sondern ist einzig und allein auf die Verwertung des Kapitals eingestellt. Dadurch haben sich auch weitere Abwandlungen vollzogen. Das Interesse am wirtschaftlichen Erfolg der Arbeit hat sich beim technischen Arbeiter zweifellos gemindert, wie auch der jührende Betriebstechniker sehen muß, daß sein Einfluß zum Kaufmann oder gar zum Bankdirektor gewandert ist.

Mit diesen Erscheinungen der Wirtschaftsform hat die Technik nichts, das Menschentum mit seinem freien Spiel der Kräfte aber alles zu tun. Die Technik hat zwar die Kraft, durch ihre Mittel den Menschen vor sozialem Unglück und vor Lebensnot zu schützen, nicht aber hat sie die Macht, soziales Unrecht zu verhindern. Das freie Spiel der Kräfte hat zwar den Gesamtreichtum erhöht, bei dessen Verteilung aber die Gerechtigkeit nicht in Anspruch genommen. Und da sich dieses nicht geändert hat, die Unternehmungen immer mehr wachsen und Riesenvermögen in immer weniger Hände spielen, wird die Kluft zwischen Besitzenden und Arbeitenden immer breiter. Mit der Anhäufung von wirtschaftlichen Mitteln sehen wir in unserer Zeit die Entwicklung einer Macht, die über die des Staates hinausgeht und die Sitte im Wirtschaftsleben immer unwirksamer macht. Gegenüber dieser Macht konnte sich die soziale Gesetzgebung mit ihrem Schutz der Schwachen nur allmählich und kämpfend durchsetzen. Die wirtschaftlichen Machthaber erblicken in der sozialen Gesetzgebung eine Einschränkung des Spieles der freien Kräfte, so daß die Erhaltung des Bestehenden noch weitere schwere Kämpfe erfordern wird.

Daß die Technik die Mittel zu dieser ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung liefert, läßt sich nicht bestreiten. Sie kann sich aber vor mißbräuchlicher Verwendung ihrer Mittel nicht selbst schützen. So führt der Mißbrauch der Technik zu Wirtschaftskrisen von gegenwärtig unerhörtem Ausmaße und selbst zu Wirtschaftskriegen, wenn die technischen Mittel unkontrolliert einem schrankenlosen Manchesterium ausgeliefert sind. Mißbrauch der Technik ist es auch, wenn ihre Mittel dem wirtschaftlichen oder dem gemeinen Verbrecher, sowie dem kriegsführenden Eroberer dienen müssen, um ganze Völker in Jammer und Not zu stürzen.

Mißbrauch kann auch mit anderen Kulturerscheinungen getrieben werden. Wir sehen, wie das Kulturgut der Sprache zu Lügen, Verleumdungen und Ehrabschneidereien im politischen Teile gewisser Zeitungen, in Flugblättern und Versammlungen mißbraucht wird. Ist dieses Treiben nicht schändlicher als manches Rohheitsverbrechen, zu dem technische Mittel mißbraucht werden. Es wird indessen keinem vernünftigen Menschen einfallen, für solche Ausschreitungen die Sprache verantwortlich zu machen. Ebenso ist es mit der Technik, die gutem und schlechtem Gebrauche dienen muß. Unser Kampf auf diesem Gebiete kann sich deshalb nicht gegen den Gebrauch der menschendienenden Technik, sondern nur gegen ihren egoistischen Mißbrauch im Dienste einzelner richten.

Über die vielfachen Beziehungen der Technik zur persönlichen Lebensgestaltung, Zivilisation, Kultur, Kunst, Wissenschaft und Erziehung ließe sich sehr viel anführen. Aus räumlichen Gründen muß es aber bei der kurzen und zur Zeit sehr aktuellen Erörterung des Verhältnisses der Technik zur kapitalistischen Wirtschaftsform und zum Geldwesen verbleiben.

Die Technik gleicht den exakten Wissenschaften, sie wird im ganzen gesehen nur Fortschritte machen, so daß von ihrem Aufstieg gesprochen werden kann. Wir brauchen dabei nur an die Fortschritte im Verkehrswesen und im Nachrichtenwesen zu denken. Wie lange wird es dauern, kommt zum Fernhören noch das Fernsehen. Und so sind auf allen Gebieten menschlicher Betätigung mehr oder weniger große Veränderungen eingetreten.

Davon machen auch unsere Berufe, von weniger abgesehen, keine Ausnahme. Seit dem letzten Verbandstage sind sehr bemerkenswerte technische Fortschritte in unseren Arbeitsgebieten festzustellen. Dem allgemeinen Zuge der Technik folgend kann bei uns in keiner Weise davon die Rede sein, daß ein gewisser Höhepunkt erreicht und kaum mehr überschritten werden könnte. Wer solchen Ansichten huldigt, verkennet die der Technik innewohnende Triebkraft. Die Produktivität der Arbeit steigert sich immer mehr, ohne daß der Absatz in gleichem Umfange wächst, vielleicht nicht einmal wachsen kann. Fallen solche Entwicklungsperioden mit allgemeinen Wirtschaftskrisen zusammen, so ist die Ausscheidung zahlreicher Arbeitskräfte aus dem Beruf die natürliche Folge.

Die Ausscheidung kann aber auch dadurch herbeigeführt werden, daß ein über den Bedarf hinausgehender und den natürlichen Abgang weit übersteigender Nachwuchs dem Gewerbe zugeführt wird. Das ist zweifellos in unseren Gewerben trotz unserer rechtzeitigen Hinweise auf die Folgen in weitgehendem Maße geschehen. Hier ist von Freiheiten im Gewerbe ein Gebrauch gemacht worden, dessen Nachwirkungen zu überwinden geraume Zeit beanspruchen wird. Die Folgen der Überproduktion an Arbeitskräften lassen sich nur durch entsprechende Kürzung der Arbeitszeit einigermaßen ausgleichen. Wie weit wir aber hiervon noch entfernt sind, haben Verhandlungen der letzten Zeit bewiesen. Und so kommt es denn, daß durch die vielfachen wirtschaftlichen Verflechtungen des Gewerbes dessen Angehörige unter denselben Verhältnissen leiden, wie die übrige Arbeiterschaft.

Das hat auch in unseren Berufen zu bedenklichen Zuständen geführt und bei denen, die es angeht, großen Mangel an Gewerbesinn offenbart. Wie wenig dabei auf den Menschen Rücksicht genommen wird, geht schon daraus hervor, daß weit mehr Arbeitskräfte als Arbeitsplätze vorhanden sind und daß die Kapazität der Produktion um das Mehrfache gestiegen ist. Dabei ist der Export der Produkte stark zurückgegangen, und der Binnenmarkt kann bei der gewaltsam herabgedrückten Kaufkraft die Warenmassen nicht alle aufnehmen. Es werden deshalb Tausende als Opfer dieser unsinnigen Wirtschaftsführung den erlernten Beruf verlassen müssen, der ihnen mit großen Hoffnungen eröffnet wurde.

Die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung hat den Trieb, sich technisch weiterzubringen, nicht unwesentlich gedämpft. Der Arbeitende sieht, daß ihm in dieser regellosen Wirtschaftsform unter Umständen alles Können und Wissen nicht davor schützt, existenzlos zu werden. Wenn wir trotzdem die Absicht haben, auf technischem Gebiete

im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten, so aus dem Grunde, weil die Benutzung komplizierter Arbeitsmittel und -geräte hohes berufliches Wissen und geistige Beweglichkeit voraussetzt. Diese kann aber nur durch ständige Beschäftigung mit all den Dingen, die heute Rüstzeug in der Arbeit sind, erworben werden.

Wir müssen deshalb, ob wir wollen oder nicht, auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen und auch nach Maßgabe unserer Mittel fortschreitend zu weiteren Verbesserungen kommen.

Wir wirken dann auch einer anderen Erscheinung entgegen. Nach John Ruskin gibt es zwei gänzlich verschiedene Arten der Arbeit, die er als „Work“ und als „Labour“ bezeichnet. Die erste ist die freudig geleistete, Fähigkeiten voraussetzende, verleihende und entwickelnde, die zweite ist die niederdrückende, nicht entwickelnde, also mechanische Arbeit. Diese dient demnach nur dem Zweck, um in den Besitz der notwendigen Mittel zur Befriedigung

der Bedürfnisse zu gelangen. Work aber ist Arbeit als Selbstzweck, hat inneren Wert für den einzelnen, befriedigt ein Bedürfnis an sich und trägt zur Steigerung des Lebenswertes bei. Wer wollte wohl bestreiten, daß unsere beruflichen Arbeiten in diesem Sinne hauptsächlich „Work“ sind. Aber die Versuche, sie als „Labour“ zu bewerten, sind zahlreich und äußern sich vornehmlich im Lohndruck und in niederdrückenden betrieblichen Maßnahmen, denen die Arbeiter unterworfen werden.

Der technisch interessierte Teil unserer Kollegen ist noch genügend groß. Das beweisen die erbetenen Auskünfte, die oft Einrichtungen bei uns voraussetzen, die wir nicht haben. Es muß deshalb alles darangesetzt werden, die jetzige technischer Weiterbildung auf breiter Basis ungünstige Zeit zu überwinden. Die Kollegenschaft dient dadurch nicht nur sich selbst, sondern bereitet auch den allmählichen Übergang zu einer besseren Wirtschaftsform vor.

Die Rechtsprechung im Spiegel veränderter wirtschaftlicher Verhältnisse

Von Arthur Freudemann.

Den Anhängern der materialistischen Geschichtsauffassung ist es eine Selbstverständlichkeit, daß der gesellschaftliche Überbau in dem wirtschaftlichen Fundament verankert ist. Es sind immer wirtschaftliche Faktoren, welche bestimmend diesen ideologischen Überbau beeinflussen. Daraus folgert, und das ist wiederum ein Erkenntnis aus der Gesellschaftslehre, daß gesellschaftliche Zustände niemals etwas Absolutes darstellen. Es ist kein Zweifel, daß das, was für das gesamte soziale Leben zutrifft, ebenfalls eine Bechtigung hat, wenn wir die Wandlungen des Rechts und der Rechtsprechung betrachten. Eigenartigerweise sind gerade Rechtswissenschaftler und Juristen bestrebt, diese hier aufgestellten Grundsätze nicht für die Rechtsprechung gelten zu lassen. In sehr scharfsinnigen Definitionen wird der Beweis anzutreten versucht, daß Wirtschaft und Recht nicht zwei verschiedene Größen sind, daß beide begrifflich zusammengehören. Wir wollen uns mit einigen Fällen der Rechtsprechung befassen, um daraus unsere Folgerungen zu ziehen, um aus den Erlebnissen unserer Zeit festzustellen, daß Rechtsprechung nichts absolutes ist. Wir werden dabei erkennen, daß die Rechtsprechung sehr fein auf die Umwandlungen der wirtschaftlichen Basis reagiert. Als Nachweis dafür sollen die folgenden Zeilen gelten, die uns dann zugleich einen Beweis für den Fundamentalsatz von Karl Marx und seiner Lehre geben. Wir wollen dabei auch auf die Inkonsequenz der Rechtsprechung hinweisen, die sich aus Urteilen jüngerer Zeit und vor allem deren Begründungen ergibt. Ist die Rechtsprechung das Objektive, welches äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht wird, daß in Gerichtsgebäuden die Göttin Justitia mit verbundenen Augen postamentiert ist und so veranschaulichen soll, daß man richtet ohne Ansehen der Person? Ist das Gesetz der abstrakte Überbau und wird dieses einmal geschaffene und bestimmende Recht unbeeinflusst von den Vorgängen in der Wirtschaft bei seinen Auslegungen in Anwendung gebracht?

„Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“. Dieser Artikel aus den Grundrechten der Reichsverfassung war für die Zeit der Umwälzung ein Maßstab, wie ganz anders sich die Rechtsprechung gegen früher orientieren sollte. In der gesamten Rechtsprechung war bis 1919 der oberste heilige Begriff das unantastbare Privateigentum. Mit diesem Grundsatz sollte endgültig gebrochen werden. Man hatte den Wert der Arbeitskraft in volkswirtschaftlicher Hinsicht erkannt und sah die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes dafür ein. Die Bedeutung, welche sich aus diesem Grundrecht für die Arbeiterschaft ergibt, erkennt man erst dann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß menschliche Arbeitskraft nur zu denken ist in ihrem organischen Zusammenhang mit dem Träger Arbeitskraft. Dieses einzige Gut, welches der Arbeiter zur Verfügung hat, unterliegt heute einem vorzeitigen und raschen Verbrauch. Die Reproduktion der Arbeitskraft ist nicht in dem Maße möglich, daß keine Störung des Organismus eintreten würde. Wenn das geschaffene moderne Arbeitsrecht niemals einen Sinn und Zweck haben

sollte, dann kann es nur der sein, der Arbeitskraft einen größeren Schutz zu gewähren. Alle Bestimmungen im Arbeitsrecht müssen in diesem einen Punkt zusammenlaufen. So wollen wir von diesem Gesichtswinkel aus einen Teil des Arbeitsrechts, und zwar den Arbeitsvertrag, einer Kritik unterziehen.

Der Arbeitsvertrag ist für die moderne Arbeiterbewegung als auch für das gesamte Wirtschaftsleben ein Faktor, dessen Bedeutung mit aller Schärfe hervorgehoben werden muß. In unseren Berufen liegt eine Freiheit des Arbeitsvertrages in erweitertem Umfange anderen Gewerben gegenüber vor, da eine wichtige Position des Arbeitsvertrages, nämlich die Lohngestaltung, den Arbeitsvertragsparteien überlassen bleibt. Folgerichtig muß angenommen werden, daß es nur Aufgabe der Arbeitsvertragsparteien sein kann, wie sie sich ihren Arbeitsvertrag gestalten innerhalb des Rahmens, der ihnen durch den Tarifvertrag geschaffen ist. Diese Konsequenz ergibt sich aus dem Vertragscharakter des Arbeitsvertrages. Was erleben wir jedoch in unserem Gewerbe? Wir sehen nicht nur eine Einschränkung der Freiheit für den Arbeitnehmer beim Abschluß des Vertrages, sondern besonders auffällig ist die gesetzliche Mitwirkung bei Auslegung eines abgeschlossenen Vertrages. Das erste Fragengebiet ist schon oft Gegenstand der Behandlung in der Öffentlichkeit gewesen. Wir wollen uns mit besonderem Interesse jetzt der zweiten Behauptung widmen. Der Arbeitsvertrag ist ein Vertrag, und dieser Vertrag besagt: Beide Parteien einigten sich über die Lohnhöhe und legten diese vertraglich fest. Nicht umsonst reden wir von einem freien Arbeitsvertrag, weil beide Parteien die Freiheit des Abschlusses haben. Diese vielgerühmte Freiheit des Arbeitsvertrages, die in der Vorkriegszeit ein glänzendes Beruhigungsmittel für alle bürgerlichen Kreise war, um die Ausbeutung der Arbeiterschaft schon bei Abschluß des Arbeitsvertrages einzuleiten, diese schreiende Ungerechtigkeit ist durch das moderne Arbeitsrecht beseitigt. Die Tarifvertragsverordnung gibt die Sicherungen, daß dem Arbeiter wenigstens sein Lohn garantiert ist.

Der Zweck des Arbeitsvertrages ist, beide vertragsschließenden Parteien zu einer Leistung zu verpflichten. Der Arbeitnehmer erhält die Verpflichtung zur Arbeit, der Arbeitgeber zur Zahlung des Entgelts. Diese beiden verschiedenen Elemente, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, stehen sich als vollständig selbständige Personen gegenüber. Soweit beim Vertragsabschluß. Betrachten wir jedoch das Arbeitsverhältnis, welches durch den Vertrag geregelt wird, so sehen wir diese beiden Elemente nicht mehr so gesondert. Der Arbeitnehmer wird abhängiges Glied des Arbeitgebers. Es entsteht nicht nur ein obligatorisches Verhältnis, sondern, und das dürfte der Kern der ganzen Ausführungen hier sein, auch ein personenrechtliches Verhältnis. Die Herrschaft des Arbeitgebers erstreckt sich nicht nur über die Produktionsmittel in seinem Betriebe als sein Eigentum, sondern auch der Arbeiter fällt unter diesen Herrschaftsbereich. „Der Kapitalist hat durch den Kauf

der Arbeitskraft die Arbeit selbst als lebendigen Gärungsstoff den toten, ihm gleichfalls gehörigen Bildungselementen des Produkts einverleibt. Von seinem Standpunkt ist der Arbeitsprozeß nur die Konsumtion der von ihm gekauften Ware Arbeitskraft“. Setzen wir diese Definition von Marx den jetzigen Ausführungen hinzu, so wird erkennbar, daß Arbeitskraft, Arbeitnehmer, Produktionsmittel und Produkt in einem so innigen Zusammenhang stehen, daß eine absolute Trennung nach Vollendung des Arbeitsprozesses nicht mehr denkbar ist. Und hieraus ergibt sich eine der Verpflichtungen, die bis heute die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch nicht erkannt hat, die aber nicht nur in der Reichsverfassung ausgedrückt ist, sondern auch im Betriebsrätegesetz im § 84. Soweit über die rechtliche Grundlage des Arbeitsvertrages und die sinngemäße Anwendung arbeitsrechtlicher Bestimmungen.

Nach Vollendung des ersten Gehilfenjahres unterliegt der Lohn freier Vereinbarung. Mit diesen Worten kommt im Tarifvertrag zum Ausdruck, daß für uns das Prinzip des Leistungslohnes Gültigkeit hat. Daraus folgert man mit Recht: Es steht beiden Arbeitsvertragsparteien frei, wie sie bei Abschluß des Vertrages denselben in lohnlicher Beziehung gestalten. Daraus folgert man jedoch auch weiter, daß der abgeschlossene Vertrag Geltung hat solange er besteht. Das Objektive ist der Vertrag, ist die Bestimmung der Lohnhöhe, gesichert durch die Tarifvertragsverordnung. Objektives Recht ist die Unabdingbarkeit des Arbeitslohnes. Einem jeden nicht juristisch gebildeten Menschen werden diese Schlußfolgerungen ohne weiteres einleuchten. Anders jedoch, wenn wir uns mit der Praxis der Rechtsprechung beschäftigen. Welcher Unterschied besteht zwischen Rechtsprechung heute und der vor dem Kriege, wenn wir den Begriff „Privateigentum ist heilig“ in den Mittelpunkt der Betrachtung ziehen. Man sagt nicht mehr „Privateigentum“, man sagt sehr schön „das Betriebsinteresse erfordert“. Jeder Schutz der Arbeitskraft aus dem § 84 des BRG wird illusorisch, wenn man jede Maßnahme, welche die Geschäftsleitung unternimmt, als eine betriebliche Maßnahme ansieht, welche sie zur Arbeiterentlastung rechtfertigt. Und weiter, wie will man juristisch ein Urteil unterbauen, welches von einer verschiedenen Bewertung der Arbeitskraft in den verschiedenen wirtschaftlichen Perioden spricht.

Es ist wirklich eine Kühnheit, Ansprüche aus dem § 84 des BRG. abzulehnen, weil der Arbeitgeber infolge der Verhältnisse seines Betriebes die Kündigung aussprechen mußte und damit der Entschädigungspflicht ledig ist. Jede Kündigung ist durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt, und deshalb kann man jede Kündigung durch diesen Hinweis als notwendig bezeichnen. Rationalisierung, Einschränkung des Betriebes wegen Geschäftsrückganges, berechtigen diese Maßnahmen den Unternehmer zur Entlassung und Ablehnung einer Entschädigung? Mit der Entlassung des Arbeitnehmers ist die Wirkung seines Schaffens im Betriebe bei weitem nicht aufgehoben. Ein sichtbares Beispiel aus unserem Gewerbe. Die Arbeiten des Zeichners werden noch jahrelang Kunden als Muster vorgelegt, und die Ideen des entlassenen Arbeiters werden vielleicht erst nach Jahren in klingender Münze dem Geschäft Nutzen bringen. Gleichviel, für den Arbeitnehmer bedeutet eine Arbeitsstelle Umgestaltung seines Lebens, für den Betrieb bedeutet eine neue Arbeitskraft Befruchtung der Produktion. Der Arbeiter soll nicht nur ausgebeutete Arbeitskraft sein, die man wegwerfen kann, wenn sie durch Maschinen ersetzt wird, die Arbeitskraft bleibt im Betriebe auch nach Weggang des Arbeiters als lebendige Arbeitskraft wirksam. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Arbeitskraft gehen also weiter als sein Verbleiben im Betriebe, und nur bei Absterben des Betriebes erlischt auch diese Funktion, die nur im letzteren Falle eine Entschädigungspflicht ausschließt.

Wir sehen an diesen Beispielen, wie die Auslegung nach § 84 des BRG. rein nach betrieblichen Verhältnissen geschieht und nicht nach den Grundsätzen, wie sich die Gesamtsituation dem Richter sozialpolitisch darstellt. Ganz toll werden jedoch die Zustände, betrachten wir die Rechtsprechung in bezug auf den Leistungslohn. Der Sinn des Arbeitsvertrages ist, den Lohn in einer bestimmten Höhe festzusetzen, d. h., daß für die Dauer des Arbeitsvertrages diese Lohnhöhe Geltung hat. Die Situation ist ganz klar: Arbeitnehmer und Arbeitgeber schließen einen Vertrag, und jetzt wird dieser Vertrag auf Antrag der Arbeitgeber durch Rechtsspruch außer Kraft gesetzt. Die Bewertung einer Leistung kann nicht ein- für allemal fest-

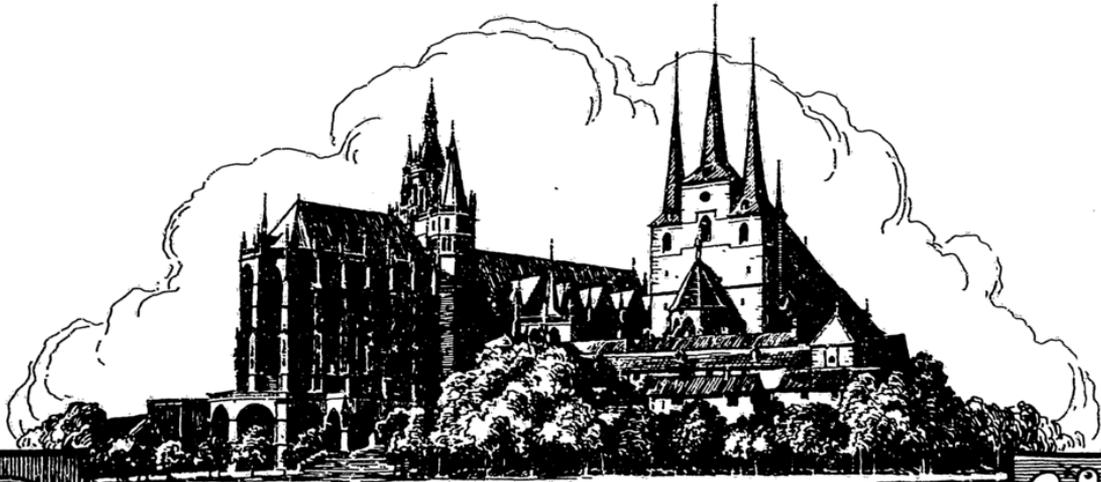
stehen, sondern die gleiche Leistung kann zu verschiedenen Zeiten für den Betrieb verschiedenen Wert haben. Das ist der Sinn aus der Begründung eines Urteils über Leistungslohn. In aller Brutalität, in einer geradezu erschreckenden Offenheit wird hier der Arbeiterschaft bestätigt, daß die Leistung für den Betrieb verschiedentlich bewertet werden muß. Daß der Arbeiter als Träger der Arbeitskraft an diesem Vertrag interessiert ist, das berührt die Rechtsprechung nicht. Wir wollen das Widersprechende und Unlogische in einem Satz zum Ausdruck bringen: Wie würde der Spruch des Arbeitsrichters ausfallen, wenn ein Arbeiter in guter Konjunktur, wo seine Arbeitskraft das Vielfache dessen bedeutet, was er erhält, zum Richter gehen würde und auf die verschiedene Bewertung der Arbeitskraft hinweisen, um eine gesetzliche Erhöhung seines Leistungslohnes zu beantragen? Dieser Gedanke ist so absurd, und an diesem Irrationalen des Gedankens erkennt man die Haltlosigkeit der jetzigen Rechtsprechung. Damit nicht genug. Wir haben ein Urteil in Händen, in dessen Begründung zu lesen ist, selbst wenn Leistungslohn zu den normativen Bestimmungen des Tarifvertrages gehören würde, also unabdingbar ist, selbst dann müßte die Bewertung der Arbeitskraft zu verschiedenen Zeiten eine verschiedene sein. Das ist etwas viel auf einmal. Welchen Sinn soll ein Vertrag überhaupt haben, wenn das, was damit erreicht werden soll, durch Richterspruch außer Kraft gesetzt werden kann. Ein Vertrag bindet beide Teile. Das hat für beide Teile Vor- und Nachteile. Wenn jedoch der Leistungslohn mit normativer Wirkung im Tarif angeordnet wäre, dann kann dieser Lohn auch nicht durch Richterspruch abgebaut werden.

Durch den Vertrag soll die Arbeitskraft des Arbeitnehmers in schlechter Konjunktur geschützt werden, genau so gut, wie er den Arbeitnehmer zwingt, in guter Konjunktur ohne gesetzliche Hilfe mit dem vereinbarten Lohn zufrieden zu sein. Die Arbeitskraft gilt es zu schützen. So klingt es aus der Reichsverfassung. Was sehen wir heute? Heute ist das Betriebsinteresse das Vorherrschende. Leistungslohn kann ein Lohn sein, den der Arbeitsrichter festsetzt. Ein früher vereinbarter Lohn hat keine Geltung mehr, da die Rentabilität des Betriebes eine andere geworden ist. Der Vertrag wird außer Kraft gesetzt durch Verhältnisse, die außerhalb des Machtbereiches der Arbeiter liegen.

Ist das hier ein Einzelfall und verdient er deshalb so viel Beachtung? Die Rechtsprechung als ideologischer Überbau orientiert sich an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Ruhrindustriellen gaben den Anstoß. Im Dezember 1927 kündigte die Schwerindustrie der deutschen Sozialpolitik und vor allem dem Tarifrecht schärfsten Kampf an. Hunderttausende von fleißigen und rechtsschaffenden Arbeitern sollten mit ihren Familien geopfert werden, wenn der Staat Beachtung der von ihm erlassenen Bestimmungen erforderte. Was gilt einem Dutzend Großkapitalisten, welche die deutsche Eisen- und Kohlenindustrie in der Hand haben, Gesetz, Vertrag, Arbeiterschicksal, ja das Schicksal ganzer Industrien. Macht und Profit ist ihre Parole, und wehe dem Staat, der vermessen genug ist, dieser Sphäre zuzunähe zu kommen. Ohne jeden Gewissenskrampf sollten Hunderttausende ausgesperrt werden, um mit diesem Druckmittel der Rechtsprechung nachzuhelfen. Von dieser Zeit an sehen wir einen systematischen Kampf gegen das deutsche Arbeitsrecht. Erinnert sei hier noch an die Vorgänge in Meiderich, wo man mit Hilfe der Gewerkschaften den Tarifvertrag außer Kraft setzen wollte. Welcher Kurs wird eingeschlagen, und welches ist das Ziel, das erreicht werden soll? Das Geheimnis lüftet sich, wenn wir den Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller ansehen. Der Angriff, der hier unternommen wird, ist wirklich ein umfassender und geht aufs Ganze. Die Gewerkschaften werden jetzt vor die folgenschwersten Entscheidungen gestellt. Wohl will man mit den Gewerkschaften Tarifverträge abschließen, aber für die Betriebe sollen sie keine absolute Geltung haben. Die Forderungen der Schwerindustrien bewegen sich in folgender Richtung: Sämtlichen Tarifverträgen solle von Gesetzeswegen ein „Lohnspielraum“ gegeben werden, dergestalt, daß die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterschreiten dürften. Dieses ist der neue arbeitsrechtliche Vorschlag der deutschen Wirtschaftsführer. Wir sehen daraus, daß auch eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Lei-

stungslohnproblem besteht, welches wir vorher behandelten. In der Praxis würde das bedeuten, daß die Löhne überall gesenkt werden könnten. Wenn es jedem Betrieb überlassen bleibt, die Lohnregelung durch den einzelnen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzunehmen, dann kommen wir zu Verhältnissen, die dank der Gewerkschaften glücklich überwunden worden sind. Wenn schon in unseren Berufen Schwierigkeiten auftreten, wie wir sie schildern mußten, welche Zustände würden wir in anderen Industrien vorfinden und wie würden davon alle Arbeits- und Tarifverträge beeinflusst?

Mit dieser Art Sozialpolitik und Tarifrecht können wir uns keinesfalls einverstanden erklären, im Gegenteil, unsere Forderung lautet: Respektierung der Tarifvertragsverordnung von allen deutschen Arbeitsgerichten. In der Tarifvertragsverordnung sehen wir das objektive Recht, und wenn die Rechtsprechung unbeeinflusst durch wirtschaftliche Machtverhältnisse ihres Amtes waltet, dann kann es auch für die Zukunft nur das eine Ziel geben: Schutz des volkswirtschaftlich höchsten Gutes, der Arbeitskraft, durch Sicherung des Lohneinkommens.



AUS ERFURTS GESCHICHTE

VON MAX SCHAMBERGER

Die Daseinsmöglichkeiten eines Zeitalters bestimmten von jeher die führenden wirtschaftlichen und geistigen Mächte. Wie heute Großindustrie und Hochkapital die führenden und wichtigsten Mächte im Staate sind, wie ihre Bauten, ihre Arbeitssitten und ihre technischen Errungenschaften jaßt das gesamte Dasein aller Stadtbewohner beeinflussen, so gab es Zeiten, wo die führende Macht, die immer auch das Gesicht einer Stadt formte, die Kirche oder der Adel, die Fürsten oder auch die Bürger waren.

Wenn Erfurt am Ende des Mittelalters über 90 Kirchen und Kapellen besaß, wenn die Türme von 23 Pfarr- und 7 Klosterkirchen das Stadtbild eindrucksvoll beherrschten, dann ist damit schon gesagt, daß die bedeutendste Macht der alten Stadt die katholische Geistlichkeit gewesen ist. Und wenn wir uns weiterhin vergegenwärtigen, daß über dem Gewirr dieser Türme und Dachreiter die sechsfache Turmgruppe des Domes und der Severikirche auf dem Domberge sowie die Doppeltürme des beherrschenden Petersklosters mächtig emporragten, dann ist mit dieser Beherrschung des alten Stadtbildes die kirchliche Macht für das mittelalterliche Erfurt noch schärfer gekennzeichnet.

Schon im 8. Jahrhundert wurde die Stadt der kirchliche Mittelpunkt Thüringens. Der Ortsname wurde damals Erphesfurt geschrieben. Als Gründer der Stadt nennt die Sage einen Müller Erpho, der die fremden Händler über die Furt an der Gera geleitete. Wie an allen Sagen, so ist auch an dieser etwas wahres, denn schon frühzeitig entwickelte sich an der Furt über die Gera ein Tausch- und Handelsverkehr mit fremden Kaufleuten. Die Lage des Ortes war glücklich gewählt. Alle Vorbedingungen für eine gedeihliche mittelalterliche Stadtanlage waren gegeben: ein fruchtbarer Boden, Wasserreichtum und bequeme Ausdehnungsmöglichkeiten in einer gelinden Hügellandschaft, dazu mehrere uralte Handelsstraßen, die hier einen Knotenpunkt bildeten. Diese von der Natur begünstigte Lage wurde schon von Martin Luther erkannt, als er sagte: „Erfurt liegt am besten Ort; ist eine Schmalzgrube. Da müßte eine Stadt stehen, wenn sie gleich wegbrannte“. Dasselbe Erkenntnis hatte noch weit früher eine andere weltgeschichtliche Gestalt: Bonifatius, der kirchliche Organisator und Apostel der Deutschen. Er gründete hier,

im ältesten Marktort des rechtsrheinischen Deutschlands, im Jahre 742 ein Bistum und bestimmte damit die kirchliche und politische Zukunft Erfurts. Der Bischofssitz ist allerdings bald nach seiner Gründung wieder eingegangen, aber die Stadt blieb trotzdem der Ausgangspunkt für die Christianisierung Mitteldeutschlands, und, was noch folgenswerter war, sie kam nach und nach an die Erzbischöfe von Mainz, die sofort erkannten, daß diese Stadt kraft der Fruchtbarkeit ihres Bodens ein unverwüsthches Leben hat. Die Kirche aber rang um eine Weltgestaltung nach ihrem Bilde, wobei wir die Frage offen lassen, ob es für die germanischen Stämme heilsam war, daß das Christentum kam und die kulturellen Einrichtungen der altheidnischen Bauern mit brutaler Gewalt vernichtete. Eine höhere Gesittung hat es jedenfalls nicht gebracht. Aber es kam, gestützt von der harten fränkischen Staatsgewalt, in einer mehr politisch-wirtschaftlichen Gestalt, mit der nun in der Folgezeit auch die Erfurter Bürger zu kämpfen hatten.

Bei einem Rundgang durch die alte Stadt lassen sich die natürlichen Lageverhältnisse der ersten Siedelungen, aus denen das geschichtliche Erfurt zusammenwuchs, noch einigermaßen erkennen. Der Ort unterstand seit Auflösung des thüringischen Königreiches im Jahre 531 der merowingisch-fränkischen Herrschaft, und blieb bis in den Anfang des 12. Jahrhunderts eine königliche Stadt. Ihre Fliehbürg und Kultstätte hatten die vor- und frühgeschichtlichen Bewohner auf einem Hügel, der später Petersberg genannt wurde. Auf diesem Hügel bauten die Beamten des fränkischen Königs ihre Pfalz, die schon 802 erwähnt wird. Als Karl der Große das weitere Vordringen der östlichen Völkerschaften auf deutsches Gebiet zu verhindern suchte, befestigte er die Elbe-Saale-Linie und bestimmte etliche Orte zu Stapelplätzen für den Handel mit Slawen und Awaren, wozu auch Erfurt gehörte. Damals wird auch die Pfalz verstärkt worden sein. Etwas später wurde der Petersberg zugleich eine geistliche Siedlung. Er trug bis 1813 die zu Beginn des 12. Jahrhunderts erbaute Kirche des Petersklosters, wohl die schönste und größte romanische Kirche Thüringens. In ihr tagte 1181 ein bedeutungsvoller Reichstag unter Friedrich Barbarossa. Sie war der Schauplatz stolzer Feste, deren Ruf bis über die Alpen drang. Hier hielt Rudolf von Habsburg fast ein Jahr

(1290) Hof. Heute sind nur noch geringe Reste von der Kirche erhalten.

Auf dem benachbarten Domhügel, früher Untersberg genannt, wo vermutlich ein germanischer heiliger Hain lag, soll Bonifatius, der ehrgeizigste Priester seiner Zeit, die erste christliche Taufkapelle und das Marienstift errichtet haben. Aus dieser Kirche, ursprünglich die Hauptpfarrkirche der Stadt, entstand später der Dom als Sitz eines Weihbischofs. Ein schon 836 erwähntes Nonnenkloster wurde 1123 auf den im Südwesten der Stadt steil abfallenden Cyriaksberg verlegt. Außerdem entstand auf dem Domberg noch das Severistift. Die heutige Kirche mit ihrer fünfgeschiffigen Halle und ihrer imposanten Turmgruppe, die an niedersächsische Turmgruppierungen erinnert, wurde etwa von 1270 bis 1350 in einem Zuge erbaut. An ihrer Stelle erhob sich ursprünglich eine doppelchörige romanische Basilika. Sie bildet heute in Verbindung mit dem Dom das Wahrzeichen der Stadt. Den vollsten und schönsten Eindruck von dieser großartigen Bauschöpfung, die zu den herrlichsten Gruppen mittelalterlicher Architektur gehört, gewinnt der Beschauer von der Ostseite des riesigen Domplatzes, der neuerdings in sinnloser Weise Friedrich-Wilhelm-Platz getauft wurde.

Die alte bürgerliche Siedlung ist geographisch bedingt durch den Flußlauf der Gera. Als natürlich und organisch gewachsene Stadt ist ihre Anlage eine unregelmäßige. Die Hauptstraßen, wie der breite Anger und die Johannesstraße, folgen den Krümmungen der Wasserarme oder verbinden beide Ufer, wie die einst befestigte Krämerbrücke, die an Stelle der alten Furt getreten war. Diese Brücke ist noch heute ein Stück Mittelalter. Sie trägt zu beiden Seiten auf mächtige Eichenbalken ruhende Häuser. Zwei Kirchen, von denen nur St. Egidien mit ihrem Choreker und Turm ruinenhaft erhalten blieb, bewachten die Zugänge zur Brücke. Hier, zwischen Markt, Krämerbrücke und Kaufmannskirche lag die älteste Ansiedlung und im Mittelalter das Zentrum des Erfurter Handelsverkehrs. Ein Netz vielfach verschlungener Gassen dehnte sich bald bis zum Domhügel aus, der nun, ebenso wie der Petersberg, in den 1168 erbauten Mauerring mit einbezogen wurde. Zwei Wasserläufe, davon die als Mühl- und Gerbergraben künstlich angelegte Hirschlache, begleiteten die Stadtmauer auf dem größten Teil ihres Weges. Im Innern wurde der Straßenplan von vier großen Brücken und acht Torstraßen beherrscht. Vor der Ringmauer entwickelten sich rasch Vorstädte, zunächst ohne Mauerschutz, aber bald mit eigenen Kirchen. Das starke Gefälle der Gera bei ihrem Laufe durch die Stadt ermöglichte die Anlage von zahlreichen Wasserwerken für die verschiedensten Zwecke. Daraus erwuchs ein malerisches Gewinkel von Mühlen, Brücken, Inseln und Stegen, eine eigenartige Schönheit von Wasserstadtbildern, die wir zum Teil noch heute genießen können. Ein Großgewerbe entwickelte sich, als man im Waid das einzige Blaufärbemittel jener Zeit entdeckt hatte, und da aller Waid nur hier gehandelt werden durfte, wurde er auf einige Jahrhunderte hinaus die Hauptquelle von Erfurts Macht und Reichtum. Damals wogte rings um die Stadt das Blaugrün dieser Pflanze und das Goldgelb der Rapsblüte. Heute erinnert nur noch der Waidmarkt, die Weitergasse und ein aus dem 15. Jahrhundert stammendes Waidhaus an die ehemalige Bedeutung des Waidhandels. Hinzu kam ein ausgedehnter Wein-, Anis- und Korianderbau. Vor allem aber baute man hier das beste Gemüse und die schönsten Blumen in Deutschland. „Des heiligen römischen Reiches Gärtner“ hießen die Erfurter später, aber sie waren es schon im 12. Jahrhundert. Daneben gediehen die mannigfaltigsten Gewerbe, besonders das Gerber- und Tuchmacherhandwerk. Auch der Vertrieb mit ausländischen Waren, der Kirchenbau und das Kunsthandwerk ernährte Tausende. Zu hungern brauchte damals in Erfurt niemand; die Stadt war, wie die Chronisten sagten, ein Canaan, wo Milch und Honig fließt. Noch im 12. Jahrhundert war Erfurt der einzige Ort Thüringens, der den Namen einer Stadt verdiente.

Das alles ging nicht ohne Kampf und wirre Tage, denn wo Schöpfer sind, da sind zugleich Vernichter. Erfurt ist eine Stadt, über der ungeheure Schicksale gewaltet haben, nach ihr streckten sich immer wieder begehrliche Fäuste, so daß volles Glück und schlimmstes Verderben oft und rasch wechselten. Wars nicht die Üppigkeit des Bodens, so so war es der Reichtum des Stapelplatzes oder die Bedeutung der Stadt als Festung, um die gekämpft wurde. Ströme Bluts, zahlreiche Stadtbelaagerungen und ein oft verwüstetes Gebiet, der Bann der Kirche und die kaiser-

liche Acht bezeichnen den Kampf, den die Bürger mit den gewalttätigen Erzbischöfen oder mit den beutegierigen Landgrafen von Thüringen, mit Schicksalsschlägen aller Art, mit Aufständen, Seuchen und verheerenden Bränden zu führen hatten. Aber die innere Machtfülle der Stadt war unverwundlich und drängte zur Selbstverwaltung. Es gelang den Bürgern, sich eine gewisse Unabhängigkeit zu erwerben, doch die volle Souveränität, die der einer freien Reichsstadt gleichkam, hatten sie im besten Augenblick zu erringen unterlassen. Während der Blütezeit der Stadt führte der Rat eine zielbewußte Politik, die es verstanden hat, sich ein stattliches Landgebiet zu erwerben, das um 1500 zwei Städte, fünf Burgen und zweiundachtzig Dörfer umfaßte. Erfurt stellte damals nächst Nürnberg den größten Stadtstaat Deutschlands dar. Das Landgebiet, wirtschaftlich von unschätzbare Bedeutung für die Stadt, stand ganz unter der Botmäßigkeit des Rates, ging aber später, und zwar 1664 nach der Eroberung Erfurts durch Mainz, an den Mainzer Stuhl über, dessen Herrschaft bis 1802 dauerte.

Der Rat, anfangs nur aus Patriziern bestehend, wurde mehrmals durch revolutionäre demokratische Erhebungen gezwungen auch Vertreter des Handwerks — damals die unterste Schicht der Bevölkerung — aufzunehmen und als gleichberechtigt anzuerkennen.

Mit dem Beginn der städtischen Selbstverwaltung war auch der Bau eines Rathauses notwendig, das mit der Zeit ein wundervoller Bau wurde, was ja auch erklärlich ist, denn Erfurt war im 14. und 15. Jahrhundert mit Basel, Straßburg, Köln, Frankfurt und Nürnberg die volkreichste Stadt Deutschlands und sicherlich die geldreichste. Es war ein barbarischer Eingriff in wertvolles Kunstgut, als man das alte Gebäude kurz vor 1870 beseitigte, um Platz für einen anspruchsvollen Neubau in gotischer Maskierung zu bekommen. Dabei ist auch ein schöner Renaissancebrunnen verschwunden. Nur der Roland, eine Bildsäule aus dem Jahre 1591, einen Krieger in römischer Tracht darstellend, blieb als Sinnbild aller Stadtfreiheit erhalten. Das neue Rathaus enthält die realistischen Wandgemälde Peter Janssens, Szenen aus Erfurts Geschichte, darunter den von Mainz aufgewiegeltten Volksaufstand im „tollen“ Jahr 1509. In diesem Jahr erlebte die Stadt einen folgenschweren finanziellen Zusammenbruch.

Wie im alten Rathaus der Stadt, so hat sich auch in Erfurts Kirchen gar manche Begebenheit von weltgeschichtlicher Bedeutung abgespielt. Die erste Kirche der alten Marktansiedlung am Anger trägt den seltsamen Namen Kaufmannskirche. Die Chronisten vermuten, daß sie von Bonifatius gegründet wurde. In ihr erhob der Erzbischof von Mainz den grundherrlichen Freizins. Der jetzige Bau mit seinen zwei Türmen ist naturgemäß nicht mehr der ursprüngliche; er stammt im wesentlichen aus dem 14. Jahrhundert. Das Innere ist bemerkenswert wegen seiner reichen Ausstattungsgegenstände im Stil der Renaissance. Auch die Gründung der andern Pfarrkirchen ist



Sackpfeifenmühle u. Dom

ebenso wie die der Klöster erheblich älter als ihre heutige Gestalt, die sie meist empfangen, als im 13. und 14. Jahrhundert der Reichtum der Stadt ins Ungeahnte wuchs. Viele sind inzwischen verschwunden, profaniert oder stark entstellt. Das alte Erfurt von heute kann sich ja an Einheitslichkeit nicht mit Nürnberg oder Rothenburg, nicht einmal mit Lübeck vergleichen; es ist hier gar zu viel verwüstet und verhäßlicht worden. Aber an uralten Kirchen und Türmen aus der Glanzzeit dieser Pfaffenstadt fehlt's auch heute nicht. Da treffen wir immer noch die seltsamsten Gebäude, wie die Michaelskirche gegenüber der Universität, ein Bau voller Widersprüche, der noch obendrein, um den Verkehr nicht zu beengen, schiefwinklig angelegt ist. Sie war einst die Kanzel der strengsten Scholastik. Oder wir stoßen auf die Allerheiligenkirche, die unbekümmert um die Schwierigkeit der Gestaltung des Innenraumes in den spitzen Winkel zweier Straßen gesetzt ist, womit ihr Turm, der an der schmalsten Stelle aufsteigt, städtebaulich wirkungsvoll hervortritt. Dann wieder erinnern vereinzelt im Häusergewirr stehende Türme oder mehr abseits liegende Klosterbauten an die alte und einst mächtige Stadt, die sich in der Pflege kirchlicher Bildung gar nicht genug tun konnte. In einigen dieser Klöster waltete ein guter Geist. Sie gehören auch in architektonischer Hinsicht, neben denen in Regensburg, zu den größten und schönsten in Deutschland. Allen voran das Kloster der Dominikaner, die sogenannte Predigerkirche, die noch heute, nächst dem Dom und dem Museum, die meisten und kostbarsten Kunstwerke aus dem Mittelalter besitzt. Die rhythmische Raumwirkung ihrer hohen und langgestreckten Schiffe ist geradezu überwältigend. Eine scheinbar unendliche Folge von schlanken Pfeilern strebt keusch und elegant empor ins Gewölbe und leitet das Auge über den Letzner hinweg in die Dämmerung des Chores. Wer die wunderbare Feierlichkeit und Tiefenbewegung, den Eindruck des Gelöstes, von aller Schwere Befreiten in seiner gewollten Prägung erleben will, muß in Schiffsmitte geradeaus zum Chor schauen. In der Ordenschule dieses Klosters hat der größte religiöse Denker des deutschen Mittelalters, Meister Eckehart, der unserer Sprache ihre tiefe Innerlichkeit gab, 28 Jahre gelebt und gewirkt. Die prachtvolle gotische Halle (Refektorium) wo er seine berühmten Reden und Tischgespräche gehalten haben soll, hat sich in die Gegenwart gerettet. Er geriet mit seiner unerhört kühnen Lehre in Gegensatz zu der Kirche und wurde zuletzt der Ketzerei angeklagt. Auch ein gefährlicher Ketzerichter, der Generalinquisitor Kerlinger, ist aus dem Predigerkloster hervorgegangen.

Waren die Dominikaner das gegebene Werkzeug für die Inquisition, das eigentliche Heer des Papstes, so war die froh und weit ausgreifende franziskanische Bewegung mehr von herzerfüllenden Trieben zu den Mühseligen und Beladenen durchtränkt. Mit einer abenteuerlichen, heute kaum mehr vorstellbaren Gewalt ist diese volkstümliche Bewegung über Deutschlands Städte hereingebrochen. Nach Erfurt kamen die Barfüßer 1221. Die Hauptbauzeit ihrer Kirche fällt in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts. Es ist ein langgestreckter Bau mit drei Schiffen und weitgestellten Arkaden, die dem Raum eine erhabene und machtvolle Größe geben. Der Formencharakter ist warm und von edler Einfachheit. Hervorragende Erfurter Skulpturen aus frühgotischer Zeit, vorzügliche Reste von Glasmalereien, ein feingeschnitzter Hochaltar, der älteste der Stadt, und sonstige Kunstwerke schmücken den Raum. Äußerlich ist die Kirche ein Bau von imponierender Wucht.

Ein Orden, der sich stark mit Studien befaßte, und der sich besonders in Erfurt mit seinem Generalstudium an geistigem Gehalt auszeichnete, war der Augustiner-Orden. Die Kirche des Klosters, die zwar außen, innen aber nicht ganz unverändert blieb, ist eine schlichte Pfeilerbasilika, der Chor frühgotisch, Langhaus und Turm spätgotisch. Der Kreuzgang, neben dem des Domes der einzige, der sich in Erfurt erhalten hat, wurde im 14. Jahrhundert erbaut. Auch der Kapitelsaal und Luthers Zelle, wurden als Erinnerungsräume an die Zeit, in der Luther als Augustinermönch hier weilte, und den entscheidenden Schritt für seine reformatorische Laufbahn tat, für die Nachwelt geschützt. In dieser Kirche hat auch August Hermann Franke, der haltsche Pietist und Gründer des Waisenhauses — ein Organisator größten Formats, dessen soziale, pädagogische und wissenschaftliche Tätigkeit es zu einer einflussreichen Kulturwirkung im 18. Jahrhundert brachte — von 1690 bis 1691 seine eindrucksvollen Predigten gehalten. 1850 tagte hier das deutsche Unionsparlament — eine verkleinerte Fortsetzung der Frankfurter Nationalversammlung von



Junkensand und Barfüßerkirche.

1848 — um einen letzten Versuch zur Einigung wenigstens der norddeutschen Staaten zu machen. Bismarck führte dabei das Amt eines Schriftführers —. Neben den Räumen der alten Lutherstätte liegt der mit schönen Holzgalerien umzogene malerische Hof des Waisenhauses.

Die weitaus meisten Kirchen Erfurts sind im gotischen Stile erbaut. Als der einzige, aus der spätromanischen Bauperiode stammende Raum, sei die Kirche des Benediktinerklosters St. Jacob (Schottenkirche) genannt. Ende des 17. Jahrhunderts und im 18. Jahrhundert erhielten viele Kirchen, deren ursprüngliche Anlage einer früheren Zeit angehört, eine neue innere Ausstattung oder auch neue Anbauten, die oft, wie der Hochaltar des Domes, mit künstlerischem Takt der alten Umgebung angepaßt sind. Eine in den prunkvollsten Formen des Barock gehaltene und ausgezeichnet gegliederte Fassade wurde der schlichten gotischen Karthäuserkirche vorgesetzt. Sie wurde leider neuerdings ihrer Nischen beraubt.

Der Brennpunkt des Interesses aller Besucher Erfurts ist der Dom und die Severikirche, eine Bautengruppe, die in Verbindung mit der großen Freifläche des Friedrich-Wilhelm-Platzes, der breitgelagerten Freitreppe und des viaduktartigen Chorunterbaues zu den schönsten städtebaulichen Motiven Deutschlands gehört. Während der Dom durch die überhohe Schlankheit des Chores, den die Türme nur wenig überragen, den überraschten Blick auf sich zieht, wirkt St. Severi durch das ungeheure Walmdach und die massive Geschlossenheit seiner zierlichen Türme vielleicht noch stärker auf den Beschauer. Dabei ist es überaus reizvoll, diese malerische Kombination von allen Seiten zu umgehen, ihr unvergleichliches Spiel zwischen schlanken Turmhelmen und wuchtigen Dächern, zwischen lebenswürdigen Anbauten, riesigen Fenstern, kleinen Giebeln und reichgeschmückten Portalen auf sich wirken zu lassen. Das alles bietet besonders bei auf- oder untergehender Sonne einen wahrhaft köstlichen Anblick! Das phantastische Allerlei von Architekturformen aus verschiedenen Bauperioden ist am Dom voll glücklichster Ideen und stilgeschichtlicher Mannigfaltigkeit, während die schlichtere Severikirche ihre alte gotische Form wesentlich reiner erhalten hat.

Seltsam, herzbeweglich und der wechselnden Schicksale voll ist die Baugeschichte des Domes. Daraus erklärt sich auch die Buntheit der inneren Ausstattung und die Zwiespältigkeit der architektonischen Teile. 1154 wurde die erste Steinkirche begonnen, in der Mitte des 13. Jahrhunderts war sie als Basilika mit zweitürmiger Ostfassade fertig. Mehrfache Ablaßprivilegien, Wallfahrten und Reliquienschatze trugen zu den Baukosten bei. Der Nordturm, die untere Hälfte des Südturms und Reste am Chorchals und Querschiff zeigen noch heute spätromanische Formen als die ältesten erhaltenen Teile des Domes. Damals lag der Chor klein zwischen den beiden Seitentürmen. Er wurde mit Zunahme der Geisllichkeit bald zu klein, da aber der Hügel für einen größeren Chor nicht ausreichte, wurde um 1320 das Gelände künstlich erweitert durch den kühnen Gewölbebau (Kavaten), auf dem der neue hohe Chor schlank und majestätisch sich erhebt. Das war für die damalige Zeit ein geniales Beginnen. Der Chor selbst gehört zu dem Edelsten und Feinsten, was die hohe Gotik auf deutschem Boden geschaffen hat. Innen ist er im

Schmuck der riesigen, in zauberhafter Farbigeit erstrahlenden Fenster ein Raum von überwältigender Schönheit, dem alle materielle Schwere fehlt. 1370 war er vollendet. Indessen hatte der Dom schon seinen prunkvollsten Außenschmuck bekommen, der sich auf den sogenannten Triangel, eine im Grundriß dreieckige geschlossene Halle mit zwei Portalen, zusammendrängt. Er ist übersät mit reichstem plastischen Schmuck. Welche Fülle der Erfindung in den bewegten Jungfrauen, welche Kraft der Charakteristik in den Aposteln, welche Heftigkeit und Inbrunst in den Gebärden! Und wie fein mit dieser Kunstblüte des Domes die Lücke zwischen den beiden Kirchen — deren Achsen sich in spitzem Winkel schneiden — geschlossen und zugleich der auf der Freitreppe Emporsteigende zum Eintritt eingeladen wird! Als im 15. Jahrhundert das romanische Langhaus einstürzte, wurde es durch eine spätgotische dreischiffige Halle in breiterer Form ersetzt. Gleichzeitig wurde ein dritter und höherer Turm zwischen die schon bestehenden Türme eingefügt. Sie hatten ursprünglich elegante Spitzen. Diese fielen einem Brande zum Opfer und wurden 1850 durch halbhohe, ästhetisch wenig befriedigende Helme ergänzt. Auch die damalige Anbringung des riesigen Mosaikbildes am Westgiebel war ein bedenkliches Experiment.

Erlesene, aber auch kuriose Schätze an Plastik, Malerei und Kunstgewerbe sind im Dom und seinen Nebenräumen, im malarischen, aus verschiedenen Stilperioden stammenden Kreuzgang und im Dommuseum vereinigt. So gehört das Chorgestühl zu den prächtigsten unter den auf unsere Zeit gekommenen. Wir müssen hier darauf verzichten, das bunte und vielfältige Leben dieser auch in kulturgeschichtlicher Hinsicht wertvollen Gegenstände zu charakterisieren. Nur das sei gesagt, daß im 14. Jahrhundert Erfurt für einige Jahrzehnte die führende Kunststadt des mittleren Deutschlands gewesen ist. Doch nicht allein heimische Werke aus dieser Zeit, auch einzigartige Arbeiten aus früheren und späteren Epochen enthält der Dom in großer Zahl. Hinzu kommen Werke auswärtiger Meister, von denen ich nur Lucas Cranach und Peter Vischer nennen will. Von allen Kirchen Erfurts hat nur der Dom eine Krypta unter seinem Chor.

Prachtvoll und von erstaunlicher Kühnheit der Konstruktion sind die schlanken Pfeiler und das straffe Gewölbe der Severikirche. Der Raum ist klar gegliedert und von harmonischer Schönheit. Von den Ausstattungsgegenständen müssen die Teile des Severussarkophages als Hauptwerke der deutschen Plastik des 14. Jahrhunderts, und der Taufstein als ein Wunder gotischer Steinmetztechnik bezeichnet werden. Ein Alabasterrelief, den heiligen Michael im Kampfe mit dem Drachen darstellend, ist von schnittiger und seltener Vollendung.

So war also Erfurt auch eine befruchtende Produktionsstätte bildnerischer Kunst geworden. Dieser Blütezeit einer künstlerischen und handwerklichen Betätigung, die sich natürlich auch auf profane Gegenstände erstreckte, entsprach auf geistigem Gebiet die Gründung einer Universität. Sie wurde von den Bürgern eigenmächtig ins Leben gerufen und umfaßte sogleich, als erste in Deutschland, vier Fakultäten. Zog zunächst die juristische Fakultät, die neben dem weltlichen auch das kirchliche Recht lehrte, zahlreiche Schüler an, so war es um 1500 herum die neue geistige Strömung des Humanis. Erfurt muß damals eine Hochburg des Wissens gewesen sein, die all dem Neuen und Großen jener geistesgewaltigen Zeit schützend entgegenkam. Hier schrieben Ulrich Hutten und Rubianus ihre berühmten Dunkelmännerbriefe, Adam Riese ließ hier seine sprichwörtlich gewordenen Rechenexempel erscheinen, hier holte sich Luther, von 1501 bis 1505 Student und von 1507 bis 1510 Dozent an der Universität, das geistige Rüstzeug für seinen alle Geister bewegenden Kampf. Es ist an dieser Stelle nicht unseres Amtes, all der Männer zu gedenken, die hier gewirkt haben. Wenn aber Luther sagte, daß Erfurt gegenüber alle deutschen Universitäten wie ABC-Schützenschulen erscheinen, so muß demnach der Ort auf der höchsten Höhe der damaligen Kultur gestanden haben. Später wurde Erfurt von anderen Universitätsstädten überflügelt. Die der Stadt benachbarten Fürstentümer erstarkten mehr und mehr; sie gründeten ihre Landesuniversitäten, mit denen die im 17. und 18. Jahrhundert wirtschaftlich geschwächte Stadt nicht mehr in Wettbewerb treten konnte. Nach jahrzehntelangem Scheindasein erfolgte 1816 die offizielle Aufhebung der Hochschule. An die alte akademische Herrlich-

keit mahnt heute nur noch das Universitätsgebäude nahe der Studentengasse. Es ist ein langgestreckter Bau, dessen Erdgeschoß mit gotischen Fenstern, besonders aber mit einem prachtvollen Spitzbogenportal geschmückt ist. Der Bau stammt aus den Jahren 1511—1513; das ärmere Obergeschoß ist erst 1549—1550 errichtet worden.

Mit dem Hochschulbetrieb entwickelte sich auch sehr bald der Buchdruck und Holzschnitt, der in Erfurt noch im 15. Jahrhundert eingeführt wurde und sogleich die ersten griechischen und hebräischen Bücher herausbrachte. Erfurter Drucker zeichneten sich lange Zeit im Notendruck aus, auch trugen sie ihre Kunst in andere Universitätsstädte, damit die Bestrebungen des Humanismus und der Reformation, die in Erfurt selbst frühzeitig Fuß faßte, fördernd. Berühmt war damals die Druckerei „Zum schwarzen Horn“ von Wolfgang Schenk und Matthes Maler. Das Haus steht heute noch in der Michaelistraße. Ebenso bekannt waren die Erfurter Buchbindereien. Im 15. Jahrhundert waren sie die führenden in ganz Deutschland. Von Johannes Fogel, „der begabteste Buchbinder seiner Zeit“, ist noch eine größere Zahl künstlerisch wertvoller Einbände erhalten, darunter zwei Exemplare zum ältesten gedruckten Buch, der 42zeiligen Bibel von Gutenberg.

Noch eine andere Gestalt, die in jener Zeit alle Gemüter aufwühlte, und die schließlich in der tiefsten deutschen Volkssage verdichtet und sehr oft dramatisiert wurde, ist mit Erfurt verknüpft. Wir meinen den ruhmreichen, abenteuerlichen und zauberkundigen Philosophus Georg Faust, der 1513 hier auftauchte, an der Universität Vorlesungen über Homer hielt, sich hier den Teufel austreiben lassen wollte und auf die Bevölkerung bedeutenden Einfluß ausübte. Sein Andenken blieb lange lebendig. Ein Faustgäßchen in der Stadt erinnert noch an die phantastische Strebergestalt, die später der größten deutschen Dichtung ihren Namen gab.

Ihren Höhepunkt erreichte die mittelalterliche Stadt gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Damals war das Straßennetz um Erfurt das bestgepflegteste im ganzen Reich, und nirgendwo waren die Wege sicherer als hier, wo die Bürger dafür sorgten, daß weder Raubritter noch Wegelagerer Fuchsbauten errichten konnten. Die Stadt selbst schützte den Verkehr durch einen Kranz fester Schlösser. Sie baute noch im 15. Jahrhundert auf dem Cyriaksberg eine Burg — von deren bewaldeter Höhe man einen herrlichen Blick auf das turmreiche Erfurt hat — und vollendete den mächtigen Außenring um ihre geräumigen Vorstädte, womit der äußere Umfang des Stadtbildes auf weitere vier Jahrhunderte unrrissen war. (Reste der Stadtmauer sind noch zu erkennen.)



Westportal des Domtriangels.

Dieser blinkende Schutzgürtel wehrte zwar manchen Schwertstreich ab, er zog aber auch den Blitz an, und damit gar manche Katastrophe. Das sollte Erfurt bitter erfahren, als im Dreißigjährigen Kriege der Schwedenkönig Gustav Adolf die befestigte Stadt zum Stützpunkt seiner Feldzüge und gewissermaßen zu seiner deutschen Residenz machte. Auch Napoleon behielt die inzwischen zur neuzeitlichen Festung gewordene Stadt als einziges rechtsrheinisches Gebiet Deutschlands in seiner eigenen Hand. Diese Stellungen brachten der Stadt immer nur jammervolle Belagerungen und wirtschaftliche Zusammenbrüche. Zur Festung wurde Erfurt unter den Erzbischöfen von Mainz, die, um die Bürgerschaft niederhalten zu können, besonders den Petersberg zu einer gewaltigen Zitadelle ausbauten. Teile dieser Zwingburg sind dort noch heute zu sehen, unter anderem ein Portal aus dem Jahre 1673, ein hervorragendes Werk der Barockkunst, das uns lehrt, wie gut es frühere Baumeister verstanden, selbst Nutz- und militärische Bauten mit Kunst zu verbinden. 1873 fielen die militärischen Umwallungen. Wer heute vom Bahnhof nach Gotha oder Arnstadt fährt, mag bedenken, daß der gegenwärtige Bahndamm früher ein von den Preußen angelegter Befestigungswall und im Mittelalter ein Stück der äußeren Stadtwälle war. — Wir müssen es uns versagen, hineinzuschauen in die religiösen Zwiespältigkeiten, politischen Wirren und kriegerischen Ereignisse, die unsere Stadt gar oft schädigten, brandschatzten und wirtschaftlich ruinierten. Hinzu kamen schwere Drangsale, als mit der Entdeckung der neuen Seewege der Welthandel eine andere Struktur annahm. Aus Java kam der billige Indigo und schlug den Waidbau tot, amerikanische Früchte verdrängten die heimischen. Leipzig erhielt vom Kaiser das ausschließliche Meßprivileg und wurde zunächst der Rivale und dann der Besieger Erfurts als Stapelplatz Mitteldeutschlands. Die Stadt begann sich zu entvölkern. Hatte sie um 1500 etwa 20 000 Einwohner, so gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges nur noch 8500. Trotzdem rackerte sie sich immer wieder leidlich empor, doch immer wieder kamen Rückschläge. Als um 1680 ihre Einwohnerzahl auf etwa 15 500 gestiegen war, kam 1683 die Pest und raffte abermals 9437 Menschen in einigen Monaten hinweg. So mußten die Häuser der Stadt verfallen, weil die Bewohner fehlten. Wer heute durch die alten Gassen Erfurts wandert und ein Gemisch von Uraltm und Neuem, von feiner Kultur und öder Armseligkeit, von Schön und Häßlich beieinander findet, sei an die herben Schicksale der Stadt erinnert, die nach ihrer Blütezeit keine beschauliche Entfaltung mehr hatte. Immerhin blieb auch aus diesen unruhigen Jahrhunderten eine beachtliche Zahl von eigenartigen

Gebäuden, zumeist Wohnhäusern, erhalten. Sie sind kultur- und kunstgeschichtlich äußerst interessant. Wir wollen hier nur einige namentlich anführen. Dem 15. Jahrhundert gehören an: Das Haus zum Rebstock (Futterstr. 2) und das Haus zum Stern (Allerheiligenstr. 11). Von den Patrizierhäusern der Renaissance sind die schönsten: das Haus zum Stockfisch (Johannesstr. 169) von 1607. Bewundernswürdig ist daran der Reichtum an Phantasie in den Verzierungen des Gesteins, das kostbare Portal und der mit plastischem Schmuck reich versehene Erker. Innen ist das naturwissenschaftliche Heimatmuseum untergebracht. Am Fischmarkt erfreut uns das Haus zum Roten Ochsen (1562), am Friedrich-Wilhelm-Platz „Die hohe Lilie“. In ihr wurden stets die vornehmsten Gäste der Stadt beherbergt. Auch das schöne Renaissancehaus zum Großen Schiff auf dem Anger besuchten alle Fremden von schöngestiger Bildung; es ist das Vaterhaus der Frau Wilhelms von Humboldt. Behagliche Winkel und dämmerige Ecken birgt die stille Handwerker- und Zunftkneipe „Zum breiten Herd“ am Fischmarkt. Das Haus wurde 1584 in Spätrenaissance erbaut, hat eine in vortrefflichen Verhältnissen durchgebildete Fassade und im Innern eine kunstvolle Spindeltreppe. Das „Vaterland“ in der Regierungsstraße erinnert als ehemaliges sächsisches Geleithaus an alte Zeiten. Schön ist seine eindrucksvolle bunte Fassade. In diesem Hause hat Goethe mehr als zwanzigmal Wohnung genommen. Im „Waidjunker“ wird Alt-Erfurts reiche Vergangenheit als Stadt des Waidbaues wach.

Von den Bauten aus der Barockzeit enthält das Haus zum Lilienfuß in der Johannesstraße eine prächtige Diele, der Packhof am Anger, früher das Zoll- und Waagehaus der Stadt, feierlich gewölbte Hallen, in denen heute die Gemäldegalerie und die Kunstgewerbesammlung sowie die reichhaltigen kirchlich-mittelalterlichen Schätze untergebracht sind. Das Museum gibt einen wertvollen Überblick über das Kunstschaffen Thüringens aus allen Zeiten. Die Fassade des palastähnlichen Gebäudes ist schön im Aufbau und mit plastischem Schmuck reich verziert. Eine vornehme Schöpfung des Barock ist die Statthaltereier, heute Regierungsgebäude. Dieses Haus war in der Zeit unserer Klassiker der Mittelpunkt einer feingeistigen Geselligkeit. Hier gingen Goethe, Schiller, Herder, Wieland, Humboldt und andere Geistesgrößen ein und aus, hier wohnte Napoleon, als er 1808 den russischen Zar und die Fürsten Deutschlands um sich versammelte, hier hatte ferner Goethe seine berühmte Unterredung mit dem damaligen Herrscher Europas. Auch Wieland wurde hier „als Voltaire der Deutschen“ dem Kaiser vorgestellt.

Noch manches Gebäude spricht von den stolzen Leistungen früherer Generationen, noch manche Gedenktafel erzählt von großen Geschehnissen vergangener Zeiten. Durch neuzeitlichen Unverstand wurde manches Kunstwerk aus der reichen Geschichte der Stadt unwiederbringlich vernichtet. Doch die Stadt wuchs und nahm in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ungewöhnlich rasch vollen Anteil an der industriellen Entwicklung Deutschlands. Die Arbeiterschaft fing an, sich eine gesellschaftsbildende Bedeutung zu erkämpfen. Ein Markstein auf diesem Wege war das 1891 festgelegte Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei, das im Kaisersaal beschlossen wurde.

Es ist in einem kurz zusammenfassenden Bericht unmöglich, mehr als bloße Andeutungen zu geben. Aus diesem ist aber doch zu entnehmen, daß es sich für unsere Delegierten lohnt, nach getaner Arbeit das Stadtbild zu besichtigen. Wer aber zu abgespannt ist, um den historischen Boden dieser Stadt noch verarbeiten zu können, der findet Erholung auf den in allen Farben prangenden Blumenfeldern, die sich wie ein duftender Kranz um das äußere Stadtbild legen, und die Erfurt zur Bezeichnung „Stadt der Blumen“ verholzen haben. Zudem ist Erfurt unter den modernen Großstädten diejenige, die das meiste Grün besitzt. Eine kräftigende Lunge dieser Großstadt ist der nahegelegene Steigerwald, ein prächtiger Hochwald und beliebter Ausflugsort, der eine Fülle schöner Ausblicke auf die vielen Hügel und die unzähligen Türme Erfurts, über das Hochheimer Tal zu den drei Gleichen, ja bis zu den Höhen des Thüringerwaldes bietet.



Ehemaliger Packhof, heute Museum.